

Alles nur Rhetorik?

Der ideelle Vorder- und Hintergrund der deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung

Im Zentrum des Beitrags steht die Frage, inwieweit wesentliche Argumente der moralisch aufgeladenen deutschen Debatte zur Osterweiterung der Europäischen Union weniger rhetorisch als tatsächlich authentisch sind bzw. insgesamt den Blick auf die tatsächlichen Präferenzen und Gründe einer »attentive public« wiedergeben. Die Analyse führt zwei Studien zusammen: Eine Umfrage unter Mitgliedern der deutschen »Positionselite« sowie eine Inhaltsanalyse von Bundestagsreden und Zeitungskommentaren. Neben dem grundlegenden Konsens über die Erweiterung fallen zwei Aspekte der Debatte auf: der hohe Anteil normativer Bezüge und die häufigen Referenzen auf mögliche Konsequenzen einer Erweiterung für die Beitrittsgesellschaften. Der Erweiterungskonsens und eingeführte normative Gründe erweisen sich als weitgehend authentisch. Der pauschal vorgetragene Gemeinplatz, der moralische Gehalt europapolitischer Debatten in Deutschland sei lediglich rhetorischer Zierrat, scheint zumindest mit Blick auf die Osterweiterung kaum haltbar. Gleichwohl zeigt sich, dass der Anspruch von Verantwortung gegenüber den Beitrittskandidaten, wie er die öffentlichen Argumentationen auszeichnet, nicht vollständig im kognitiven Hintergrund nachvollzogen werden kann.

1. Einleitung¹

Die Analyse öffentlicher oder teil-öffentlicher Debatten als Instrument von im weiteren Sinne institutionalistisch informierten *Policy-Analysen* hat Konjunktur. Zu einem ihrer Grundprobleme gehört die empirische Plausibilisierung einer wesentlichen Grundannahme, nämlich dass ideelle Faktoren wie Normen, Identitäten oder analytische Paradigmen tatsächlich für das Verständnis von Politik wesentlich sind. Ob bei der Analyse poststrukturalistischer »national discursive spaces« (Wæver 1994, 1998; vgl. auch Hellmann 1996; Larsen 1997; Diez 1999a, 1999b) oder eher im Rahmen konstruktivistisch ansetzender Analysen bestimmter Normen (Katzenstein 1996a; Finnemore/Sikkink 1998; Boekle et al. 1999) bzw. Identitäten (Wendt 1994; Neumann 1996; Weller 1997; Checkel 2001): Die Vermutung eines rhetorischen Anteils als prinzipielles Charakteristikum politischer Auseinandersetzungen macht auch im Einzugsfeld der Internationalen Beziehungen all jene Analysen

1 Für Kritik und Anregungen danke ich den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern der ZIB, Wolf-Dieter Eberwein, Ulrich Albrecht, Dieter Rucht, Gunther Hellmann, Michael Schloms, Margret Arzt, Sven Chojnacki, Yasemin Topçu, Catherine Goetze, Ingmar Stelter, Maren Müller, Magda Müller, Ada Müller, Nicole Deitelhoff und den Teilnehmern der Tagung »Politik – Wirtschaft – Gesellschaft« der DVPW-Sektion Internationale Politik in Arnoldshain, 22.-24. Februar 2002.

anfällig für Kritik, die auf der Grundlage öffentlicher Statements Rückschlüsse auf relevante Deutungen ziehen. Dabei liegt gerade in der Frage des rhetorischen Einsatzes solcher Statements ein möglicher Schlüssel zum Verständnis der Frage, wie »Ideen« (Goldstein/Keohane 1993) außenpolitische Entscheidungen auf internationaler wie gesellschaftlicher Ebene beeinflussen. Das Verständnis des kognitiven »Hintergrundes« öffentlicher Debatten, so die Grundthese des Beitrags, wird somit zum notwendigen Komplement einer Analyse des »sprachlichen Vordergrundes«. Erst in der Kombination beider Teile des Bildes lässt sich der Prozess öffentlicher Konstruktion und Legitimierung von Außenpolitik handlungstheoretisch fundiert entschlüsseln.

Instruktiv ist hierfür die einschlägige Forschung zur Osterweiterung der Europäischen Union. Auch hier hat eine Reihe von Arbeiten – wenn auch mit Blick auf den intergouvernementalen Verhandlungsprozess – bereits auf die wichtige Rolle von Normen und Identitäten hingewiesen. Uneinigkeit herrscht allerdings über deren Wirkungsweise: Während es etwa Tewes (1998) und Sedelmeier (2000) sowie Fierke und Wiener (1999) grundsätzlich für möglich zu halten scheinen, dass die öffentlich deklarierten Verpflichtungen die westeuropäischen Regierungen tatsächlich auch im Sinne einer »Logik der Angemessenheit« (March/Olson 1989) motivierten, geht vor allem Schimmelfennig (2001) von einem rein strategisch-konsequenzalistisch bestimmten Einsatz von Normen bzw. Identitäten aus. Durch geschicktes Argumentieren sei es den Befürwortern einer Erweiterung gelungen, so seine plausible Diagnose, die Gegner einer Osterweiterung schließlich »zum Schweigen zu bringen«, ohne sie tatsächlich von der Angemessenheit dieser Politik zu überzeugen. Mit dieser These eines rhetorisch erzeugten »Scheinkonsenses« verweist die einschlägige Forschung direkt auf die Problematik auseinanderfallender »Vorder«- und »Hintergründe« europapolitischer Debatten.

Von dieser Arbeitshypothese ausgehend, diskutiert der Beitrag die »gesellschaftliche Seite des Tisches« (Putnam 1988), d.h. die Frage, inwiefern die deutsche Erweiterungsdebatte hinsichtlich der zu beobachtenden Präferenzen, Normen und altruistischen Konsequenzerwartungen vergleichbare Grade an rein rhetorisch bedingtem Scheinkonsens aufweist. Dabei geht es im Hinblick auf eine demokratisch verfasste Öffentlichkeit nicht nur um eine methodisch problematische und im Rückgriff auf Beobachtungen des »kognitiven Hintergrundes« zu schließende Lücke, sondern auch um ein demokratietheoretisches Problem: In dem Maße, in dem die Rhetorik politischer Eliten widersprechende Positionen aus öffentlichen Debatten verdrängt, entzieht sich Außen- bzw. Europapolitik sukzessive der demokratischen Kontrolle durch das Publikum. Wenn relevante Gründe für oder gegen eine bestimmte Politik die öffentliche Debatte nicht oder zunehmend weniger erreichen, beruht erzeugter Konsens demgemäß auf demokratietheoretisch problematischen Verzerrungen.

Es wird versucht, diese Fragen im Rahmen einer um öffentlichkeitssoziologische und diskursanalytische Überlegungen erweiterten Außenpolitikanalyse zu beantworten, die sich dafür auf Außenpolitik als einer in Teilen abhängigen Variable argumentativ ausgetragener Deutungskonflikte konzentriert. Der gesellschaftlich

bedingte Anteil von Außenpolitik erscheint gemäß dieser Konzeption als Produkt eines öffentlichen Prozesses, in dessen Verlauf sich Argumente als überzeugend erweisen müssen (Kap. 2). Methodisch bedarf dies zunächst einer Textanalyse der in der Debatte produzierten Beiträge, wie sie in parlamentarischen Beiträgen und Zeitungskommentaren zu identifizieren sind. Diesem sprachlichen »Vordergrund« der deutschen Erweiterungsdebatte wird systematisch dessen kognitiver »Hintergrund« gegenübergestellt, wie er sich in den Ergebnissen einer Umfrage unter Mitgliedern der deutschen Positionselite (Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001; Ecker-Ehrhardt 2001) beobachten lässt. Nach einem ausführlichen Rekurs auf die methodischen Verfahren und Probleme einer kombinierten Inhalts- und Einstellungsanalyse (Kap. 3), geschieht dies zuerst im Rekurs auf die in der Debatte zirkulierenden Präferenzen über Erweiterungspolitiken (Kap. 4). Hier erweist sich der öffentlich sichtbare Konsens über eine Erweiterung als transparentes Abbild des kognitiven Hintergrundes. Dass dennoch vehement für eine Erweiterung gestritten wird, kann gleichermaßen auf das Unterschätzen eines tatsächlich dennoch bestehenden Erweiterungskonsenses auf Elitenebene zurückgeführt werden, wie die zutreffende Wahrnehmung eines eher ambivalenten *permissive consensus* in der deutschen Bevölkerung.

Mit Blick auf die im Vordergrund zirkulierenden Normen (Kap. 5.1) kann ferner auch belegt werden, dass die stark auf »Verantwortung«, »Dankbarkeit« und gemeinschaftliche »Solidarität« abhebende öffentliche Debatte tatsächlich wesentliche Einstellungsstrukturen der befragten Eliten reflektiert. Diese normative Angemessenheit der Erweiterung erscheint allerdings nur im sprachlichen Vordergrund tatsächlich »verantwortungsethisch komplett«. Die mit Kategorien wie »Verantwortung«, »Dankbarkeit« oder »Solidarität« behauptete Einbeziehung erwarteter Handlungsfolgen für die Beitrittsgesellschaften kann im kognitiven Hintergrund nicht nachvollzogen werden (Kap. 5.2). Es bestätigen sich somit dennoch Zweifel, dass der in der Debatte zu beobachtende »Altruismus« tatsächlich relevant ist für das Verständnis des auf Elitenebene durchaus transparent zu beobachtenden Erweiterungskonsenses.

2. Die Transparenz außenpolitischer Debatten als Analysegegenstand

2.1. Außenpolitik und die Normalität elitärer Spezialöffentlichkeit

Theoretisch weisen wesentliche Ansätze der Außenpolitikanalyse eine klare Konvergenz zu Mehrebenenmodellen auf, in denen der Einfluss von *domestic politics* besondere Beachtung findet (Putnam 1988; Evans et al. 1993; Krahmann 2000). Die viel betriebene Integration der Außenpolitiktheorie in eine – letztlich nur um die internationale Ebene erweiterte – Perspektive allgemeiner *Policy*-Analyse ist prinzipiell gut zu begründen und fußt auf der Beobachtung, dass Außenpolitik in modernen Demokratien in vielem – wenn auch nicht allem – den Charakter innenpolitischer Politikherstellung trägt.

Traditionell wird in diesem Zusammenhang die These formuliert, dass Gesellschaft immer dann eine wesentliche Rolle spielt, wenn Außenpolitik nicht als eine Folge kurzfristiger Krisenentscheidungen abläuft, die schon aus Zeit- bzw. Geheimhaltungsgründen als reine »Kabinettspolitik« auf die höchste Regierungsebene beschränkt bleibt (etwa Etheredge 1985). Allerdings ist damit die Frage von für die Produktion von Außenpolitik relevanten »Zonen« von Gesellschaft noch keinesfalls beantwortet. Zwar wurden strukturelle Bedingungen dafür etwa von Risse-Kappen (1991; vgl. auch Hagan 1995; Evangelista 1997) ausführlich thematisiert, die öffentlichkeitssoziologischen Implikate einer Analyse gesellschaftlicher Debatten sind allerdings kaum Gegenstand systematischer Forschung (vgl. allerdings Wittkämper et al. 1992).

Hier fällt zum einen auf, dass die einschlägigen Analysen den Charakter außenpolitischer Debatten als Elitenphänomen eher ignorieren. Für die westeuropäische Situation hat etwa Richard Münch (1998) unlängst das Bild einer »Außenpolitik als Verhandlungsdemokratie« gezeichnet. Außenpolitik werde, so nicht nur sein Eindruck, zunehmend »aus dem Feld der Diplomatie hinter verschlossenen Türen in die Arena der Medienöffentlichkeit gezerrt« (Münch 1998: 20). Zwar hat die einschlägige Kommunikations- und Medienforschung genau mit dieser Annahme zu spannenden Ergebnissen über Mechanismen massenmedial verhandelter Außenpolitik geführt (etwa Kunczik 1990; Wittkämper et al. 1992; Kempf 1994; Iyengar/Reeves 1997). Gleichwohl fokussiert sie letztlich auf relativ seltene Momente, in denen es Außenpolitik aufgrund extremer Politisierung gelingt, ein breiteres Publikum zu erreichen, das ihr im Rahmen eines nicht krisenhaft zugesetzten »Normalmodus der Politikherstellung« (Peters 1993: 344-347) fast immer versagt bleibt. Gerade im Falle der Europapolitik erzeugen selbst Deutungskonflikte, die sich entlang konträrer Präferenzen entzünden, häufig nur eine Spezialöffentlichkeit politikfeldspezifisch interessierter Eliten (Habermas 1992: 451f; Neidhardt 1994; vgl. auch Risse-Kappen 1991). Diese *attentive public* konstituiert und reproduziert sich nicht zuletzt in der Rezeption bestimmter Medienformate wie überregionalen Qualitätszeitungen oder politischen Magazinen, die neben Parlament, Fachzeitschriften oder auch wissenschaftlichen Konferenzen die wesentlichen Foren gesellschaftlicher Debatten über Außen- bzw. Europapolitik darstellen.²

Zum anderen mangelt es der Außenpolitikforschung im weiteren Sinne aber nicht nur an öffentlichkeitssoziologischer Forschung über die Breite und die Aktivierungsmechanismen relevanter Foren bzw. Öffentlichkeiten. Gerade die inhaltliche Seite von Debatten als einem auf dem *Austausch komplexer Argumente beruhenden Kommunikationsprozess* bleibt weitgehend unspezifiziert – und dies, obgleich variierende Grade von Politisierung und Allgemeinheit erzeugter Öffentlichkeit augenscheinlich vornehmlich auf eines verweisen: ein unterschiedliches Maß an gesellschaftlichem Dissens über (subjektiv) mehr oder weniger wichtige Themen (Hagan 1995: 121-127). Eine theoretisch versierte Analyse von *policy* bleibt also

2 Vgl. zum Forenbegriff Neidhardt/Gerhards (1990); zur Fokussierung außenpolitisch interessierter Eliten auf bestimmte Formate Wittkämper et al. (1992).

gerade auch vor dem Hintergrund keineswegs vollständig verstandener *politics* ein wesentliches Desiderat der Außenpolitikforschung im weiteren Sinne.

2.2. Die Metapher vom Vorder- und Hintergrund gesellschaftlicher Debatten

Doch wie soll die »inhaltliche« Auseinandersetzung um Außenpolitik theoretisch wie empirisch entschlüsselt werden? Insbesondere um der Rolle von Sprache und dem sozialen Charakter von Wissen Rechnung zu tragen, begibt sich die neuere Außenpolitikforschung zunehmend und gewinnbringend in das Fahrwasser soziologischer Diskursanalysen. Solche Diskursanalysen betonen etwa in ihrer hier meist poststrukturalistischen Variante die Integration von Deutungsmustern in hegemoniale Partitionen.³ Akteure sind in ein langfristig nur an den Rändern gebrochenes (»dezentriertes«) Bedeutungsuniversum, den »Diskurs«, eingebunden, der ihr Handeln beschränkt, aufgrund seiner Fragilität aber immer Potenzial für »Interventionen« marginalisierter Akteure bzw. Positionen bietet. Wæver (1994) weist auf die Bedeutung solcher Analysen für das Verständnis gesellschaftlicher Bedingungen von Außenpolitik hin, sofern Diskurse dieser definitionsgemäß ein unterschiedliches Maß an Sinn und Legitimität zuweisen (Wæver 1994: 254). Spätestens mit Blick auf die Dynamik von Debatten zeigt sich jedoch, dass eine Theorie gesellschaftlich bedingter Außenpolitik von einer Diskussion sozialer Diskurse nur dann profitieren kann, wenn es dieser gelingt, auch jene politischen Strategien gesellschaftlicher Konsensproduktion zu spezifizieren, auf denen hegemoniale Diskurse und ihre Widerparts letztlich beruhen (vgl. etwa Honneth 1985: Kap. 4).

Es ist darum nur folgerichtig, dass ein wichtiger Teil dessen, was auch in anderen Forschungsfeldern als Diskursanalyse firmiert, weniger poststrukturalistisch als pragmatisch, hermeneutisch oder soziolinguistisch orientiert ist, nicht zuletzt deshalb, um den handlungstheoretischen Blindstellen poststrukturalistischer Entwürfe aus dem Wege zu gehen.⁴ Die Adaption dieser zweiten Traditionslinie empfiehlt sich nicht zuletzt vor dem zu Recht von Laffay und Weldes (1997) beschriebenen Defizit eines Ideen-Begriffs, der in der einschlägigen Diskussion zwischen der Bedeutung als kognitive »Überzeugung« und eines dem instrumentellen Zugriff von Akteuren zugänglichen »Objektes« von Kommunikation oszilliert. Gerade in der alternativen Konzeption von »Diskurs« ist nun eine, auch für die Klärung dieses Defizits unbedingt notwendige Analyseebene wieder sinnvoll aufzunehmen, die im Poststrukturalismus definitiv ausgeschlossen wird: individueller Handlungssinn, ohne den ein im weiteren Sinne hermeneutisches Verständnis von Text, bzw. dessen Produktion und

3 Vgl. grundlegend etwa Laclau/Mouffe (1985); Torfing (1999). Spezifischer zu außenpolitischen Diskursanalysen mit diesem Blickwinkel etwa Shapiro et al. (1988); Wæver (1994, 1998); Hellmann (1996); Campbell (1996); Weldes (1996); Laffay/Weldes (1997); Larsen (1997); Diez (1999a, 1999b).

4 Vgl. zu pragmatisch bzw. hermeneutischen Varianten Keller (1997); Snow/Benford (1988); Nullmeier (1993); Nullmeier/Rüb (1993); Brand et al. (1997); Gerhards et al. (1998); bemerkenswert: Hellmann (1996 vs. 1999); zu soziolinguistischen Entwürfen vgl. van Dijk/Kintsch (1983); van Dijk (1980, 1997).

Rezeption nicht vorgestellt werden kann (Keller 1997). So gestaltet sich der Akt der Textproduktion etwa im soziolinguistischen Modell van Dijks (1980: 273-291; van Dijk/Kintsch 1983) als ein mehrphasiger Prozess, in dessen Verlauf – situationsbezogen motiviert – Sprech- (oder Schreib-)handlungen aus kognitiven Gedächtnisinhalten konstruiert und schließlich im Prozess des Textverständens wieder dechiffriert werden. Damit legen solche oder ähnliche handlungstheoretisch ausformulierte Ansätze (etwa Habermas 1981; Nullmeier 1993) nahe, dass sowohl Produkte sprachlichen Handelns (Text) wie kognitive Produktions- und Resonanzbedingungen (Kognition) prinzipiell als *alternative Realisierungsebenen* latenter Bedeutungsstrukturen⁵ aufgefasst und gegebenenfalls operationalisiert werden müssen. Im Rekurs auf die Begrifflichkeit Campbells (1998) soll dieser Umstand im Folgenden mit der Metapher vom sprachlichen »Vorder-«- und kognitiven »Hintergrund« öffentlicher Debatten bezeichnet und verdichtet werden.

2.3. Transparenz oder Scheinkonsens über Präferenzen?

Im Vergleich von sprachlichem Vorder- und kognitivem Hintergrund außenpolitischer Debatten finden sich nun eine Reihe zentraler Fragen und Problemlagen einer mehr oder weniger breit konstituierten »Außenpolitik als Verhandlungsdemokratie« (Münch 1998), sofern das Auseinanderfallen beider Ebenen auf die mangelnde Transparenz öffentlicher Debatten schließen lässt. Dem Vergleich von sprachlichem Vorder- und kognitivem Hintergrund kommt hier immer demokratietheoretische Relevanz zu, weil Öffentlichkeit ihren wesentlichen Funktionen von zivilgesellschaftlicher Kontrolle, Informationsbeschaffung und Urteilsbildung sowohl laut liberaler (Rawls 1993; Gerhards et al. 1998) wie deliberativer Demokratietheorie (Habermas 1992; Bohman 1996) nur nachkommen kann, wenn das politische Personal seine tatsächlichen Meinungsbildungsprozesse transparent vorführt und damit für alle Bürger – ob sie diese Chance wahrnehmen oder nicht – nachvollziehbar gestaltet.

Schließlich bleibt es also für die Legitimität von Außenpolitik entscheidend, dass »[...] Kontroversen offen ausgetragen werden« (Schwarz 1985: 174). Denn hier sind nicht nur Funktionsdefizite der Medien bzw. ihre Instrumentalisierung einschlägig (Kunczik 1990; Kempf 1994; Manheim 1997; Bennett 1997; Kernell 1997; Kriesi 2001), auch haben Globalisierung und europäische Integration die Transparenz nationalstaatlicher Politik ohnehin bereits erkennbar dezimiert (Held 1995; Kaiser 1996; Zürn 1998). Schließlich wurde im Hinblick auf die Europäische Union wiederholt auf das Fehlen einer zur Kontrolle überhaupt fähigen »europäischen Öffentlichkeit« hingewiesen (etwa Gerhards 1993), was seine Ursache gerade auch im immer wieder diagnostizierten Desinteresse breiter Bevölkerungskreise hat (etwa Rattinger 1996). Hinsichtlich des europäischen Einigungsprozesses wird darum in Anlehnung

5 »Bedeutungsstrukturen« steht hier gleichermaßen für das, was bei den Poststrukturalisten der »Diskurs« heißt wie anderen Konzeptionen von »Kultur«, deren Autoren ihren Untersuchungsgegenstand nicht auf individuelle Deutungsbestände reduzibel verstanden wissen wollen (etwa bei Geertz 1995).

an V.O. Key (1966) und die frühe Diagnose von Lindberg und Scheingold (1970) häufig von einem bestenfalls »permissiven« Konsens gesprochen: eine eher positive Grundstimmung bei gleichzeitig hohem Desinteresse bzw. geringer Salienz – »[...] leaving decision-makers free to take steps favorable to integration if they wished but also leaving them a wide liberty of choice« (Inglehart 1971: 169).

Daraus ergibt sich auf der Ebene öffentlich geäußerter Präferenzen zunächst die Frage, inwieweit die sichtbaren europapolitischen Debatten des politischen Zentrums und seiner medialen Peripherie überhaupt dem Anspruch auf Transparenz genügen. Dabei ist das Fehlen öffentlicher Kontroversen keinesfalls zwingend mit einem authentisch »permissiven« Konsens gleichzusetzen. Vielmehr verweist eine Hegemonie bestimmter politischer Positionen gegebenenfalls auch nur darauf, dass Alternativen systematisch ausgeblendet werden, etwa weil sie von Journalisten als den zentralen *gatekeepers* keinen Zugang zu massenmedial vermittelten Foren erhalten. Auch ist keineswegs auszuschließen, dass Akteure sich bewusst nicht zu Wort melden, um sich nicht den Gefahren abweichender Meinung auszusetzen. Der daraus resultierende *Scheinkonsens* wäre also letztlich nur das Ergebnis einer »optische[n] oder akustische[n] Täuschung für die wirklichen Mehrheits-, die wirklichen Stärkeverhältnisse« (Noelle-Neumann 1999: 379) – einer europapolitischen »Schweigespirale« (Scheuffele/Moy 2000).

Gibt es nun Hinweise auf einen solchen Scheinkonsens über die Frage der Osterweiterung? In zweifacher Hinsicht ja: erstens mit Blick auf die reichlich erforschte intergouvernementale Ebene, zweitens für die deutsche Situation selbst. So diagnostiziert Schimmelfennig (2001: 73f) einen solchen Prozess für die Erweiterungsdebatte auf europäischer Ebene: Die Gegner einer Erweiterung seien, so sein Ergebnis, rhetorisch »in die Falle gegangen« (*rhetorically entrapped*), sofern sie aufgrund moralischer Argumente zwar nicht überzeugt worden seien, aber es angesichts befürchteter Reputationsverluste zunehmend vermieden hätten, offen gegen eine Erweiterung zu argumentieren. Zwar bleibt Schimmelfennigs Erklärung der intergouvernementalen Prozesse letztlich ohne empirische Evidenz gegenüber der eines tatsächlich vollzogenen Präferenzwandels, da er den kognitiven Hintergrund dieses Prozesses nicht systematisch einbezieht. Dennoch lässt sich entsprechend fragen, inwieweit die gesellschaftliche Ebene diesen Prozess widerspiegelt. Hier weisen die vorliegenden Ergebnisse allgemeiner Bevölkerungsumfragen in Deutschland und anderen Mitgliedsländern gerade auf eine eher ambivalente Stimmungslage hin – worauf zurückzukommen sein wird –, obgleich das Thema in den jeweiligen Massenmedien augenscheinlich kaum diskutiert wird.

Dieser also höchstens permissive Konsens in der deutschen Gesellschaft insgesamt nährt bereits den Verdacht mangelnder Transparenz auch im Rahmen der deutschen Debatte. Gleichwohl entsprechen die Auswahlbedingungen der allgemein zugänglichen Bevölkerungsumfragen keineswegs jener Spezialöffentlichkeit, die sich des Themas *de facto* annimmt. Es besteht also ein eindeutiges Defizit an Informationen über den kognitiven Hintergrund der tatsächlich stattfindenden Debatte, um die Hypothese eines zur europäischen Ebene analogen Scheinkonsenses auf gesellschaftlicher Ebene überhaupt zu falsifizieren. Die *Nullhypothese* lautet dabei:

(1) Sofern sich im kognitiven Hintergrund der Debatte keine Hinweise auf authentische Opposition gegen eine Erweiterung zeigen, lässt sich die These eines der intergouvernementalen Ebene vergleichbaren, auf »rhetorical entrapment« beruhenden Scheinkonsenses nicht halten.

Umgekehrt würde dann allerdings die Erklärung an Plausibilität gewinnen, dass es sich im Falle der deutschen Osterweiterungsdebatte um auf Überzeugung und gegebenenfalls – falls es entsprechende Verschiebungen gab – auf authentischem Präferenzwandel beruhende Zustimmung handelt.

2.4. Transparenz oder Täuschung über Gründe?

Der rhetorische Gehalt öffentlich geäußerter Präferenzen ist die eine, der rhetorische Gehalt der in politische Debatten zur Begründung eingeführten Gründe die andere Seite dessen, was die Transparenz öffentlicher Debatten auch zum demokratietheoretisch relevanten Untersuchungsgegenstand macht. Öffentliche Argumentationen erzeugen nämlich nur dann »Resonanz« (Gamson/Modigliani 1989) beim Publikum, sofern die in Argumentationen erhobenen Behauptungen vom Hintergrundwissen des Publikums auch gedeckt sind. Kenntnisse über diese Ressourcen der öffentlichen Konsensproduktion avancieren somit zum entscheidenden Herrschaftswissen, das sich eben nicht nur auf Schätzungen aktuell vorhandener Widerstände, d.h. dem Vorhandensein konträrer Präferenzen in der Gesellschaft erstreckt, sondern auch darauf, mit welchen Begründungen man diese Präferenzen im eigenen Sinne beeinflussen kann.⁶

Vielfach kommunizieren die Sprecher nun laut Habermas (1981) genau mit Blick auf dieses Ziel strategisch, d.h. sie argumentieren unter Inkaufnahme einer »absichtliche(n) Verwechslung der Seinsmodalitäten« (Habermas 1981, I: 444), was nichts anderes heißt, als dass sie selbst nicht von der Gültigkeit ihrer Aussagen überzeugt sind (Habermas 1981, I: 445) und damit – handelt es sich nicht um eine ironische Wendung – gezielt auf manipulative Täuschung des Publikums setzen. Insbesondere bei der Diskussion normativer Kategorien wie »Gemeinwohl« oder »Solidarität« bleibt die Frage individueller Authentizität aktuell, denn nichts entspricht dem Alltagsverständnis von Politik so sehr wie der Generalverdacht, dass »[...] the impartial stance of those involved in deliberation may be disguise for other motives« (Elster 1998: 6). Gerade dieses Moment ist es, das auch die Diskussion »rhetorischen Handelns« bei Schimmelfennig motiviert, und so formuliert er mit Blick auf den intergouvernementalen Verhandlungsprozess die (immer) plausible These eines maximal auf »cheap legitimacy« beruhenden Argumentierens mit Normen (Schimmelfennig 2001: 63).

6 Key (1966; vgl. auch Sinnott 1995: 29-31) hat bereits genau in diese Richtung argumentiert, dass ein »permissiver« Konsens streng genommen auch nur dann vorliegt, wenn die in der Bevölkerung gehaltenen Präferenzen – gleich ob negativ oder positiv – nicht in hohem Maße in komplexe Überzeugungssysteme integriert sind und damit immer wieder den argumentativen Rechtfertigungsanstrengungen politischer Entscheider zugänglich bleiben.

Falsifizieren lässt sich ein solcher »Machiavellismus« jedoch weder auf intergouvernementaler noch gesellschaftlicher Ebene durch die reine Textanalyse des sprachlichen Vordergrundes und der daraus zu gewinnenden Erkenntnis, dass Akteure moralische Appelle formulieren, um ihr Handeln zu legitimieren. Notwendig ist eine Analyse, die auch den zweiten Teil des Gemeinplatzes widerlegt, nämlich dass Moral nur ein willkürlicher »hook« (Schepsle 1985; Weingast 1995) ist, an den man vorhandene Argumentation »aufhängt«, wenn es passt, die man aber systematisch verletzt, wenn die tatsächlichen Motive des Handelns auch anders durchgesetzt werden können. Hier steht die Analyse öffentlicher Texte anerkanntermaßen immer in Gefahr, »[...] eher die schauspielerischen Talente der Politiker als die Gründe ihres Handelns zu untersuchen« (Kuhlmann 1999: 130), sofern sie die Relevanz unterschiedlicher Handlungslogiken (March/Olson 1998; Risse 2000; Holzinger 2001) zwar thematisiert, empirisch jedoch mangels valider Informationen über den kognitiven Hintergrund nicht kontrollieren kann.

Daraus ergibt sich auch für die Analyse der deutschen Erweiterungsdebatte die Frage nach der Rolle normativer Gründe auf der gesellschaftlichen Seite des Verhandlungstisches: Welche Produktions- bzw. Resonanzbedingungen weisen diese Gründe im kognitiven Hintergrund der Debatte auf? Ist der Erweiterungskonsens auch hinsichtlich der genannten Gründe nur »Rhetorik«? Sofern gerade Deutschland aufgrund geographischer Nähe und Exportorientierung – zumindest in der Summe – erhebliche Gewinne für die eigene Volkswirtschaft erwarten darf (vgl. ausführlich Heitzer-Suša 2001), gehört es zweifellos auch auf gesellschaftlicher Seite zu den möglichen Protagonisten »billigen« Argumentierens. Auch hinsichtlich der eingeführten *normativen Gründe* in der gesellschaftlichen Debatte lautet damit eine zweite Nullhypothese:

(2) *Die im Vordergrund zu beobachtenden Normen besitzen im kognitiven Hintergrund keine Relevanz.*

Auch wenn sich konstruktivistische Arbeiten in ihrer Analyse mehr oder weniger ausschließlich auf Normen kaprizieren und diesen Fokus sogar zum Wesenskriterium einer »konstruktivistischen Außenpolitikforschung« machen wollen (Boekle et al. 1999), haben Arbeiten zur Psychologie außenpolitischer Entscheider gerade die Bedeutung von nicht-normativen Ideen wie etwa Kausalannahmen (klassisch: Axelrod 1976) vielfach diskutiert. Diese Tradition wurde sogar von Shapiro et al. (1988) im Rahmen einer Diskursanalyse reaktiviert, allerdings ohne relevanten Widerhall bei späteren Entwürfen außenpolitischer Diskursanalysen zu finden. Auch Habermas (1981) zählt im Übrigen Wirksamkeit neben Richtigkeit und Wahrhaftigkeit generell zu den wesentlichen Geltungsgründen, auf die sich Sprecher beziehen. Im Sinne einer allgemeinen Diskussion öffentlicher Argumentationen herrscht darum gerade in Bezug auf Konsequenzerwartungen ein bemerkenswertes Forschungsdefizit. Für die Analyse der deutschen Osterweiterungsdebatte ist darüber hinaus besonders bedenkenswert, dass normative Argumentationen im Sinne einer vollständig ausbuchstabierten »Verantwortungsethik« (Jonas 1979: 176-180; Weber 1999: 441f; vgl. auch Schwarz 1985: 163-166; Küng 2000) ohne konsequenzalistische

Verweise gar nicht vollständig erscheinen, sofern normative Gründe im Rekurs auf »Verantwortung« oder auch »Solidarität« immer auch die Behauptung implizieren, Handlungsfolgen für einen Anderen im Sinne eines ethisch gebotenen Altruismus (Monroe 1996) zu berücksichtigen. Hinsichtlich der im Vordergrund zu beobachtenden Verweise auf *Folgen* für die Beitrittsgesellschaften lautet damit eine dritte Nullhypothese:

- (3) *Im Vordergrund zur Begründung eingeführte Folgen für die Beitrittsgesellschaften besitzen im kognitiven Hintergrund keine Relevanz.*

Schließlich lassen sich klare Erwartungen hinsichtlich sprecherspezifisch variierender Grade von Authentizität formulieren. So hat etwa Hellmann (1996) ganz im Sinne der Vorstellungen von Habermas (1992) die These formuliert, dass Kommentatoren aus Wissenschaft und Medien offener argumentieren könnten als politische Entscheider (Hellmann 1996: 4f). Ihre Argumente erfüllen nach einschlägiger Einschätzung eher das Kriterium individueller Authentizität, da sie ihr Handeln weniger auf die strategischen Imperative von Wiederwahl oder Fraktionsdisziplin etc. ausrichten müssen, sondern eher an ehrlicher Verständigung orientiert sind. Auf die deutsche Debatte insgesamt bezogen berechtigt dies zur Erwartung:

- (4) *Abweichungen von Vorder- und Hintergrund hinsichtlich der Relevanz normativer Gründe lassen sich eher im politischen Zentrum als in dessen zivilgesellschaftlicher Peripherie beobachten.*

3. Untersuchungsdesign: Textanalyse versus Elitenumfrage

3.1. Die textanalytische Erschließung des sprachlichen Vordergrundes

Die Überprüfung dieser Thesen erfordert zunächst die systematische Erfassung des sprachlichen Vordergrundes. Dieser wird hier als die Gesamtheit aller erweiterungsbezogenen Argumentationen operationalisiert, die im Rahmen von Plenardebatten des deutschen Bundestags und Zeitungskommentaren bis einschließlich 1998 formuliert wurden. Diese Auswahl ist begründungsbedürftig: Dem *Parlament* kommt erstens eine zentrale Rolle als Forum des politischen Zentrums zu (Peters 1993). Im Sinne der in den Plenarprotokollen des Deutschen Bundestages transkribierten Aussprachen konstituieren sich Parlamentsdebatten im Wesentlichen aus Regierungserklärungen und Reden verschiedener Parlamentarier bzw. spontanen Interventionen oder Zwischenfragen aus dem Plenum.⁷ Auf der Grundlage einer Stichwortrecherche im Archiv des Deutschen Bundestages wurden alle erweiterungsbezogenen Debatten bis einschließlich 1998 recherchiert. Die ersten relevanten Aussagen fin-

7 Den Aussprachen liegen stets auch verschiedene schriftliche Texte als Drucksachen zugrunde, die als Beiträge zwar zur Debatte dazugerechnet werden können, aus rein praktischen Erwägungen jedoch nicht systematisch Gegenstand der Inhaltsanalyse waren.

den sich im September 1989 (BT 11/154 vom 1.9.89 anlässlich des 50. Jahrestages des Überfalls auf Polen).⁸

Überregionale »Qualitätszeitungen« wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) oder die Süddeutsche Zeitung (SZ) erscheinen demgegenüber zweitens als wesentliche Schnittstelle bzw. integrierendes Element wissenschaftlicher Foren, Parlament und den anderen Massenmedien wie Fernsehen und Radio (vgl. auch van Dijk 1988; Wittkämper et al. 1992; Gerhards et al. 1998). Mathes und Pfetsch (nach Neidhardt et al. 1998: 23) haben darüber hinaus belegen können, dass der Tageszeitung (TAZ) eine SZ und FAZ vergleichbare Rolle bei der Integration links-alternativer Foren zukommt. Der Textkorpus dieser Zeitungen zerfällt im Wesentlichen in Nachrichten und Kommentare. *Nachrichten* geben wichtige Hinweise auf Sprecher anderer Foren, sind allerdings kaum mehr als selektive Abbildungen (»massenmedialer Bildschirm«) von Beiträgen und in diesem Sinne problematische Anknüpfungspunkte für die Analyse komplexer Argumentationen (vgl. allerdings Gerhards et al. 1998).⁹ *Kommentare* sind demgegenüber selbst Wortmeldungen von Journalisten zu einem Thema (van Dijk 1988; Neidhardt et al. 1998). Sie bilden in außenpolitischen Debatten häufig die *einzigsten Beiträge*, die der zivilgesellschaftlichen Peripherie zugerechnet werden können. Darum beschränkte sich die systematische Inhaltsanalyse neben den Plenarbeiträgen auf diese Textsorte. Es wurden alle relevanten Kommentare aus den Ausgaben von FAZ, SZ und der Tageszeitung (Taz) der Jahrgänge 1989 bis 1998 recherchiert.

Alle identifizierten Debatten und Kommentare wurden nach erweiterungsbezogenen Aussagen durchsucht und mit Hilfe der auf qualitative Forschungsfragen ausgelegten Software ATLAS/ti inhaltsanalytisch erschlossen. Die Erschließung orientierte sich an der Praxis hermeneutischer Verfahren und wird an anderer Stelle ausführlicher beschrieben (Ecker-Ehrhardt 2002: Kap. 7). Mit einem sich im Laufe der Textrezeption entwickelnden Kategoriensystem wurden in mehreren Durchläufen die rund 500 Reden und Kommentare kodiert. Es wurden dabei insgesamt über 900 komplexe Argumentationen identifiziert.¹⁰

3.2. Die Erhebung des kognitiven Hintergrunds

Welche Möglichkeiten bietet das sozialwissenschaftliche Methodenrepertoire für die Erhebung des Hintergrundwissens von Sprechern und Publikum der Erweite-

-
- 8 Die Protokolle des Deutschen Bundestages werden im Folgenden als »BT« plus Archivnummer zitiert, wobei in diesem Fall wie üblich »11/154« auf die 154. Plenardebatte der 11. Legislaturperiode verweist.
 - 9 Quasi alle der dort im Falle der Erweiterungsdebatte auftretenden Sprecher sind übrigens solche des politischen Zentrums, was dafür spricht, dass das Parlament nach wie vor einen guten Ausgangspunkt der Analyse außenpolitischer Debatten bietet.
 - 10 Der für meine Texterschließung zentrale Begriff der Argumentation folgt der Ausarbeitung bei Toulmin (1996: 88-98; vgl. auch Kuhlmann 1999) und Habermas (1981, I), mit dessen Hilfe sich der Fokus Toulmins auf analytische Regeln durch die Differenzierung alternativer Geltungsgründe überhaupt erst um Normen erweitern lässt.

rungsdebatte? Die folgende Analyse stützt sich auf Daten einer Umfrage unter den Mitgliedern einer noch genauer zu definierenden »Positionselite« (Ecker 1998; Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001; Ecker-Ehrhardt 2001). Der analytische Nutzen einer Elitenumfrage im konkreten Fall wirft mindestens zwei Fragen auf: Erstens, was misst eine Elitenumfrage? Umfragen treten grundsätzlich mit dem Ziel an, im weiteren Sinne kognitive Dispositionen zu messen. Im Falle einer Elitenstudie lässt sich nun einwenden, dass Eliten auch ohne unmittelbare Öffentlichkeit einem gewissen Legitimationsdruck bezüglich ihrer öffentlich vertretenen Politik unterliegen, sofern sie immer einen Rest an Zweifel an der Anonymität der Umfrage bzw. des Interviews behalten. Dieses Problem bleibt prekär, reduziert aber die Effektivität von Umfragen nur teilweise, denn eine gewisse – wenn auch nicht klar bestimmbarre und individuell variierende – Differenz in Richtung »Authentizität« lässt sich einer Analyse als Annahme dennoch plausibel zugrunde legen.

Zweitens, um wen geht es im Falle der »Deutsch-Polnischen Elitestudie« konkret, und was haben die Befragten mit einer erweiterungspolitisch tatsächlich interessierter Spezialöffentlichkeit zu tun? Den Ausgangspunkt der Studie bildet ein aktualisierter Integrationsansatz im Rekurs auf Karl W. Deutsch (et al. 1957; ausführlich Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 17-30). Für die Konzeption der »Integrationselite« wurde auf das einschlägige Konzept nationaler »Machteliten« zurückgegriffen (Hoffmann-Lange 1992; Bürklin et al. 1997). Zur Integrationselite sind demgemäß all jene Personen zu rechnen, die über die Macht verfügen, *integrationspolitische Entscheidungen* von Bedeutung maßgeblich zu beeinflussen bzw. eigene *transnationale Verflechtung* selbst aktiv zu betreiben. Die Umfrage schließt damit zum einen mittelbar an jene Arbeiten an, die ihre Analyse auf »private« Texte wie persönliche Briefe, Memoiren oder auch Interviews politischer Entscheider gründen (etwa George 1969; Checkel 2001), weist allerdings die Fokussierung auf wenige Einzelpersonen aus den in Kapitel 1 genannten Gründen zurück. Sie nähert sich zum anderen von der Methodik her jener Legion von *Belief-System*-Forschern im internationalen Bereich, die eine breiter definierte »politically relevant strata« (Deutsch 1957: 46) anvisiert, ohne die Ungleichverteilung von Macht auch in demokratisch verfassten Systemen außer Acht zu lassen.¹¹

Um die integrationspolitisch und transnational Mächtigen zu erheben, wurde auf die in der einschlägigen Elitenforschung gängige Idee einer »Positionselite« zurückgegriffen, d.h., es wurden diejenigen ermittelt, die sich in führenden Positionen großer Organisationen und Institutionen befinden, etwa als Parlamentarier, Minister, Wirtschafts- und Medienunternehmer, Gewerkschaftsführer oder Vorstände von Verbänden. Dies geschieht unter der Annahme, dass »[...] Machtausübung in komplexen Gesellschaften die Verfügungsgewalt über Ressourcen voraussetzt, die an die Einnahme formaler Führungspositionen gebunden ist« (Hoffmann-Lange 1992: 355). Die Positionsmethode scheint angesichts knapper Forschungsressourcen der beste, weil effizienteste Weg zu sein, wie verschiedene Vergleichsstudien belegen

11 Vgl. etwa Deutsch (1967); Deutsch et al. (1971); Deutsch/Edinger (1973); Axelrod (1976); Holsti/Rosenau (1984); Sinnott (1995).

konnten (vgl. Hoffmann-Lange 1990: 166-177). Für die Umfrage wurde eine Stichprobe aus der Positionsliste der letzten großen Elitestudie in Deutschland, der so genannten Potsdamer Elitestudie, gezogen.¹² Deren Liste umfasst 4587 Positionen, von denen für die deutsche Studie 1200 zufällig ausgewählt wurden. 437 der Ange schriebenen schließen schließlich die Fragebögen ausgefüllt zurück (Rücklaufquote 39%). Davon nutzten allerdings 37 die Chance, ihr Rückschreiben vollständig zu anonymisieren, so dass ihre Antworten keiner konkreten Position mehr zugeordnet werden können. Von den 400 Befragten, deren Auswahlposition bekannt war, können 152 eindeutig dem *politischen Zentrum* zugerechnet werden, also jenem aus Regierung, politischer Verwaltung, Parlament und Parteien bestehenden Teil demokratisch verfasster Systeme, in dem politische Entscheidungen zugespitzt und gefällt werden (vgl. Peters 1993: 340). Die restlichen Befragten verteilen sich im Wesentlichen auf dessen *zivilgesellschaftliche Peripherie*, d.h. die Wirtschaft, Verbände, Medien.¹³

Die Relevanz einer Positionselite für einen Vergleich von Vorder- und Hintergrund einer außenpolitischen Debatte hängt davon ab, inwieweit Sprecher und Publikum einer Debatte diesem Personenkreis sinnvoll zugeordnet werden können. De facto muss eingeräumt werden, dass sich *Sprecher* in öffentlichen Debatten keinesfalls nur auf formale Ressourcen stützen, wie sie der Positionsansatz eigentlich fokussiert.¹⁴ Wesentliche Faktoren für den Zugang zur Öffentlichkeit sind Prominenz und Prestige (Habermas 1992; Neidhardt 1994; Peters 1994). So stellt eine genauere Durchsicht der ausgewählten Positionen klar, dass zwar wesentliche Akteure des politischen Zentrums befragt wurden, aber gerade in dessen gesellschaftlicher Peripherie Lücken ins Auge fallen: Beispielsweise fehlen relevante Experten aus der Wissenschaft, weil nicht sie, sondern ihre Vorgesetzten zur Positionselite gezählt werden. Trotzdem spielen die Sprecher des politischen Zentrums, d.h. aus Regierung, Parlament und Ministerialbürokratie, im Rahmen europapolitischer Debatten eine gewichtige Rolle und sind Teil der erhobenen Positionselite. Darüber hinaus hat

12 Eine weitergehende Referenz findet sich in Ecker (1998); Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001) bzw. der Publikation der Potsdamer Studie selbst (Machatzke 1997).

13 33 weitere entstammen Justiz oder Bundeswehr und sind streng genommen dem Zentrum zuzurechnen. Sie werden allerdings bei nach Zentrum und Peripherie getrennter Analyse nicht berücksichtigt, da sie im Rahmen dieser Analyse keine eindeutig bestimmmbare Rolle einnehmen.

14 Operationalisiert man Macht über die Variable »Einfluss«, so lassen sich alternative Auswahlkriterien zunächst anhand zweier Dimensionen gewinnen (vgl. Hoffmann-Lange 1990: 166), nämlich der Art des Einflusses einerseits und der Einflussressourcen, die den jeweiligen Personen zur Verfügung stehen, andererseits. Zum einen kann Einfluss dadurch unterschieden werden, dass er entweder aus der direkten Teilnahme an Entscheidungen resultiert – etwa als Abgeordneter – oder eher indirekter Natur ist. Zum anderen sind formale von informellen Einflussressourcen zu unterscheiden: Im Falle von Politikern und Unternehmern sind Einflussressourcen formaler Natur, d.h., sie resultieren aus der Position der jeweiligen Personen als institutionell legitimierte Entscheidungsträger über politische oder wirtschaftliche Ressourcen. Davon zu trennen sind informelle Ressourcen, die etwa aus der persönlichen Verbundenheit von Verwandten oder Freunden resultieren können. Bei der Ermittlung von Einfluss ergeben sich für direkten und indirekten bzw. formalen und informellen Einfluss unterschiedliche Erhebungsmethoden (Hoffmann-Lange 1992).

die Befragung von solchermaßen »Mächtigen« den Vorteil, dass eine zum *rhetorical entrapment* alternative These irrelevant wird: ein auf mangelnden Zugangschancen beruhender Ausschluss bestimmter Sprecher aus der öffentlichen Diskussion.

Auch auf der *Publikumsseite* ist die Positionselite nur ein Ausschnitt – wenn auch ein wichtiger –, denn auch SZ und FAZ werden von deutlich mehr Menschen gelesen als jenen knapp 5000 auf der Positionsliste der Potsdamer Elitestudie Registrierten, auch wenn der Anteil der Leser in der Positionselite mit Sicherheit höher ist als in der Bevölkerung insgesamt. Die Elitestudie ist also wiederum maximal ein guter Hinweis auf das, was in einer interessierten Öffentlichkeit gedacht wird, sie bietet jedoch keinesfalls einen »repräsentativen Querschnitt«. Grundsätzlich lässt sich mit Blick auf die Differenzierung nach politischem Zentrum und Peripherie feststellen, dass zumindest im Falle der Osterweiterungsdebatte die Befragten des Zentrums eher dem Kreis der Sprecher und Entscheider im weiteren Sinne zuzurechnen sind, die Befragten der Peripherie aber eindeutig dem Publikum.

3.3. Vergleichsstrategien – ein methodisches Caveat

Schließlich bleibt die Frage, inwieweit die Verteilung von Antworten aus einer Umfrage überhaupt mit den Ergebnissen einer Inhaltsanalyse in Beziehung zu setzen ist. Welche erfragten Äpfel sind verkappte öffentliche Birnen? Für die Aufdeckung eines Scheinkonsenses hinsichtlich vorhandener Erweiterungspräferenzen reicht zunächst ein Vergleich von Häufigkeiten, mit denen Textmomente in öffentlichen Sprechakten und schriftlich beantworteten Fragen beobachtet werden. Bei tatsächlich zu beobachtendem Konsens im Vordergrund steigt hier die Wahrscheinlichkeit eines Scheinkonsenses augenscheinlich mit dem Anteil derjenigen, die gegenteilige Präferenzen im kognitiven Hintergrund aufweisen. Umgekehrt sinkt logischerweise die Gefahr, die formulierte Nullhypothese 1 (»Es gibt keine Opposition«) zu unrecht zu verwerfen. Die Operationalisierung von »Resonanz« von Ideen erfolgt analog: Die Wahrscheinlichkeit, dass normative oder konsequenzialistische Gründe als gültig anerkannt werden, steigt mit der Häufigkeit entsprechender Kognitionen – Normen oder Kausalannahmen – im Hintergrund der Debatte.

Begründungsbedürftiger erscheint die Operationalisierung der postulierten »Relevanz«, mit der Ideen bei der Produktion von Präferenzen funktionieren – sei es bei der individuellen Formulierung der beobachteten Argumentationsmuster, sei es bei der Anerkennung geäußerter Gründe im Zuge der Rezeption entsprechender Argumentationen. Sie impliziert eine kognitive Verknüpfung, wie sie die Einstellungsfor schung im weiteren Sinne zum Untersuchungsgegenstand hat, sei es als *Belief-System*-Forschung unter dem Stichwort »political sophistication« (Luskin 1987) oder als *cognitive psychology* unter dem Begriff »schemata« (Kuklinski et al. 1991). Eine Assoziationsanalyse erweist sich bei genauerem Hinsehen in ihrer Logik als theoretisch durchaus angemessen, denn auch die Analyse öffentlicher Kommunikation läuft streng genommen immer als Assoziationsanalyse: Gründe wie Normen oder Konsequenzen werden in Argumentationen mit Präferenzen auf der Mikro- wie

Makroebene von Texten (van Dijk 1980) assoziiert – die poststrukturalistische Diskursanalyse spricht hier etwa von *articulation* – und es sind genau diese Beobachtungen gehäufter Assoziationen bzw. Assoziierungshandlungen, die der Diskursanalyse als empirische Analysestrategie aufgegeben sind.

Eine zentrale Hürde bleibt allerdings die fehlende *individuelle Zurechenbarkeit* von Sprechakt und Kognition. Die Authentizität einzelner Aussagen ist daher nicht nachprüfbar, sofern sich Sprecher nicht eindeutig Befragten zuordnen lassen. Diesem Problem wurde allerdings bereits dadurch Rechnung getragen, dass nicht individuelle Authentizität, sondern die kollektive Transparenz der Debatte hinsichtlich relevanter Gründe als Ausgangspunkt der Hypothesenbildung diente. Mit zunehmendem Grad analoger Assoziiertheit von Ideen und Präferenzen auf der Ebene von Sprechakten (»Vordergrund«) und kognitiver Assoziationen (»Hintergrund«) steigt nicht nur die Transparenz der Debatte insgesamt, es steigt grundsätzlich auch die Wahrscheinlichkeit beobachteter Authentizität der individuellen Sprechakte. Jede Interpretation auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Aggregate steht allerdings unter dem Vorbehalt eines drohenden »ökologischen Fehlschlusses« (Diekmann 1995: 116–118; klassisch: Robinson 1950).¹⁵ Die defensive Formulierung von Nullhypotesen erfolgt also keinesfalls aus methodologischer Pederanie, sondern reflektiert den nicht unerheblich eingeschränkten Erkenntnisgewinn eines Vergleichs für diese Schlüsse auf individuelle Authentizität. Das gilt um so mehr, als eine klassische Vermeidungsstrategie der vergleichenden Politikwissenschaft nicht angewendet werden kann: die weitere Desaggregation der Daten zu Zeitreihen (vgl. Schmidt 1998). Da die Elitenstudie nur eine Momentaufnahme des kognitiven Hintergrundes bietet, sind längerfristige Bewegungen in der Verteilung relevanter Einstellungen nicht beobachtbar und daher ein validierender Rekurs auf Dynamik von Vorder- und Hintergrund nicht möglich.¹⁶ Auf der anderen Seite ist die Erweiterungsdebatte angesichts eines noch genauer zu diskutierenden Konsenses eine relativ gute Wahl für den Vergleich, denn erst solch extreme Verteilungen erlauben die Formulierung einfacher Existenzaussagen (»es gibt Opposition«, »Normen sind irrelevant«) als Nullhypotesen.

15 Klassisches Beispiel: Auch wenn Ausländeranteil und Stimmen für Rechtsparteien zwischen Wahlkreisen korrelieren, heißt das keineswegs, dass Ausländer überwiegend Rechtsparteien wählen.

16 Ein wichtiges methodisches Problem bleibt ferner, dass gängige Assoziationsmaße nur dort etwas messen können, wo Merkmale tatsächlich variieren: Wenn alle für eine Erweiterung sind, kann keine Korrelation mit anderen Aspekten wie Normen oder Konsequenzwartungen mehr die These stützen, dass es diese Aspekte waren, die einen solchen Konsens bewirkt haben. Aber: Ist ein Rest von Varianz erhalten – und er ist es im Falle der Osterweiterung – können entsprechende Zusammenhänge darüber Aufschluss geben, ob jene, die bestimmte Überzeugungen hinsichtlich normativer Verpflichtungen oder zu erwartender Konsequenzen teilen, tatsächlich auch tendenziell positiver zur Osterweiterung stehen oder nicht.

4. Der deutsche Erweiterungskonsens als elitäres Projekt

Die Europäische Union hat im März 1998 offiziell den Beitrittsprozess mit zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten begonnen. Dieses Ereignis bildete den formalen Startschuss für die nach wie vor anhaltenden Verhandlungen – zuerst mit nur fünf, schließlich allen Kandidaten –, ist aber zugleich vorläufiger Endpunkt eines langanhaltenden Diskussionsprozesses auf der Ebene der europäischen Institutionen, zu dessen wesentlichen Wegmarken die frühen Hilfsprogramme ebenso zu zählen sind wie die späteren Europaabkommen und Kommissionspläne (Vorbeitrittsstrategie, Weißbuch, Agenda 2000) bzw. die wesentlichen Orte ihrer Initiierung und Annahme: die Gipfel des Europäischen Rates, vor allem von Dublin 1990, Kopenhagen 1993, Essen 1994, Madrid 1995 und Luxemburg 1997. Arbeiten, die diesen Prozess als Teil einer Geschichtsschreibung des europäischen Integrationsprozesses recherchieren und reflektieren, sind zahlreich (vgl. zusammenfassend Friis 1998; Sedelmeier 2000; Sedelmeier/Wallace 2000; Mayhew 2000; Schimmelfennig 2000, 2001), eine systematische Analyse der deutschen Debatte steht jedoch noch aus (vgl. aber Hyde-Price 2000: 180–201). Sie kann in einem ersten Schritt an den öffentlich begründeten bzw. problematisierten Erweiterungspolitiken ansetzen. An ihnen entzünden sich auch in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik immer wieder Diskussionen, deren Beiträge sich zu einer einzigen, komplexen Formation von »Erweiterungsdebatte« zusammendenken lassen.

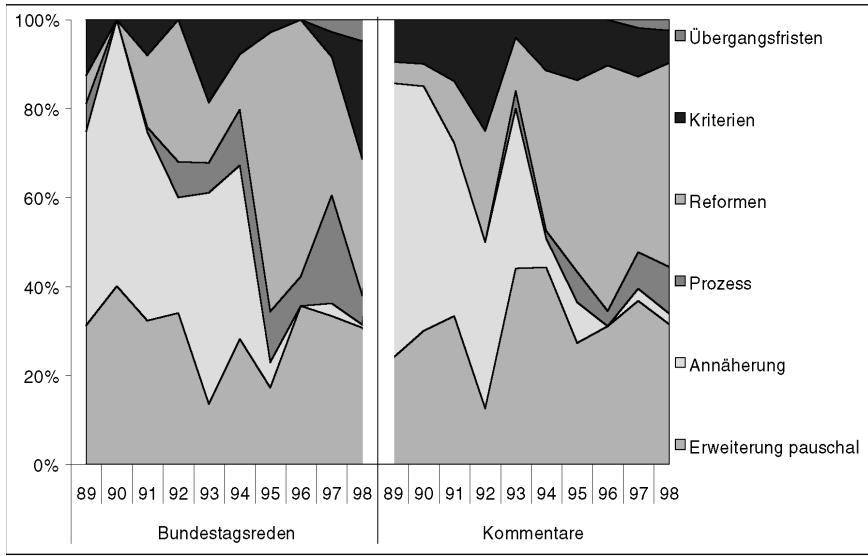
Die Dynamik dieser Erweiterungsdebatte lässt sich an dieser Stelle mit Hilfe dreier wesentlicher Variablen charakterisieren: ihrer absoluten Intensität, der relativen Bedeutung ihrer Themen und schließlich dem Grad, mit dem diese Themen mehr oder weniger kontrovers diskutiert werden. Nimmt man die absolute Häufigkeit der identifizierten Erweiterungsargumentationen, so zeigt sich zwischen 1989 und 1998 eine in Kommentaren wie Parlamentsdebatten analog zu beobachtende Intensivierung um das rund Fünffache.¹⁷ Für die Diskussion qualitativer Verschiebungen lassen sich die thematischen Bezüge der identifizierten Erweiterungsargumentationen grob kategorisieren (vgl. Abbildung 1).

Eine erste, relativ klar konturierte Kategorie bilden Statements bezüglich der verschiedenen Hilfs- und Öffnungspolitiken, die auf eine *Annäherung* der mittel- und

17 Diese Intensivierung verläuft aber keinesfalls linear oder auch nur monoton. Einen ersten Höhepunkt markiert das Jahr 1991, in dem vor allem die Ratifizierung der deutsch-polnischen Verträge 1991 relativ viele Sprecher zu erweiterungsbezogenen Positionierungen veranlasst. Danach bleibt das Thema zwischen 1992 und 1996 augenscheinlich kein zentraler, aber mehr oder weniger konstanter Punkt auf der parlamentarischen Agenda; zumindest wurden jeweils rund 40 Argumentationen pro Jahr gefunden (1991 rund 80). Dagegen zeigt sich bei den Kommentaren ein weiterer Höhepunkt in 1994, der neben den anstehenden Wahlen und dem Essener Gipfel vor allem auf die Diskussion um die Norderweiterung der Europäischen Union zurückzuführen ist. Die Jahre mit den mit Abstand meisten Beiträgen zwischen 1989 und 1998 sowohl in Parlament wie Kommentaren sind jedoch die beiden letzten: 1997 und 1998 – kein überraschendes Ergebnis angesichts der vielen Anlässe wie Amsterdamer Vertrag, Agenda 2000, Luxemburger Gipfel, formale Eröffnung des Beitrittsprozesses im März 1998 und schließlich dem »Krieg der Resolutionen« Sejm-Bundestag im August 1998.

osteuropäischen Beitrittsaspiranten an die Union im Sinne einer mehr oder weniger ausformulierten »Vorbeitrittsstrategie« zielen: Diese Politiken spielen zu Beginn der Debatte eine wesentliche Rolle, verlieren aber in dem Maße an Bedeutung, wie diese Annäherung bereits realisiert wird. Auch Statements zum »Wie« des Erweiterungsprozesses, d.h. verschiedenen Verfahrensmodellen und Gremien, sowie konkrete Terminzusagen sind eine relevante Größe: Sie gewinnen mehr oder weniger kontinuierlich an Bedeutung und spielen im Parlament eine deutlich größere Rolle als in den Kommentaren. Beide Themenbereiche – Annäherung und konkreter Erweiterungsprozess – bleiben im Übrigen lange Zeit ohne signifikante Kontroversen. Erst ab 1997 reichern unterschiedliche Meinungen zu konkreten Beitrittsmodellen diesen Teil der Debatte signifikant mit Konfliktstoff an.

Abbildung 1: Relative Bedeutung (%) einzelner Erweiterungspräferenzen im Zeitverlauf



Daten: Themenkodierung der in Bundestagsreden und Zeitungskommentaren (FAZ, SZ, Taz) identifizierten Erweiterungsargumentationen (vgl. Kap. 3.1); eigene Berechnung.

Bemerkenswerterweise bleibt eine wichtige Frage über den gesamten Zeitraum marginal und die entsprechende Kategorie darauf bezogener Erweiterungspräferenzen entsprechend irrelevant: der genaue Kreis potenzieller *Kandidaten*. Meist werden die mittel- und osteuropäischen Kandidaten pauschal angesprochen – gegebenenfalls unter Hervorhebung einzelner Länder, deren Namen dennoch eher als Illustration eines nicht weiter präzisierten größeren Kreises daherkommen. Diese Entdifferenzierung wird selten durchbrochen, etwa zu dezidiert bilateralen Anlässen

wie den Ratifizierungsdebatten der verschiedenen Nachbarschafts- bzw. Freundschaftsverträge mit Polen, Ungarn und der CSFR oder auch Reisen des Bundeskanzlers, ohne dass hier jedoch die Kandidatenfrage direkt thematisiert oder explizit über die Kandidatenfrage gestritten würde. Einen besonderen Platz nehmen zwar eindeutig die direkten Nachbarn ein. Gerade Polen, so wird verschiedentlich betont, bildet augenscheinlich aus deutscher Sicht das »Herzstück einer mitteleuropäischen Neuordnung« (Frank, SZ, 22.9.95) und ist »europäische[r] Partner von ganz besonderem Rang« (Brandt, BT 11/176: 13337).¹⁸ Gleichwohl: Expliziter Gegenstand von Argumentationen wird der Status einzelner Kandidaten nur einige wenige Male. Auch wenn die politische Geographie der deutschen Debatte implizit klare Grenzen zwischen wichtigen und weniger wichtigen Kandidaten zieht, erscheint diese Fokussierung als wesentlicher Konsenspunkt der deutschen Debatte.

Von besonderer Bedeutung für die empirische Analyse ist aber ein anderer Typ von Erweiterungsargumentation: die große Zahl von Statements, die eine *Erweiterung pauschal* – und durchweg zustimmend – begründen. Ihr Anteil bleibt über den betrachteten Zeitraum relativ konstant. Explizit gegen eine Erweiterung gewendete Argumentationen sind in den betrachteten Reden und Kommentaren *quasi nicht existent*. Dies spricht bereits gegen die These eines rhetorisch erzeugten Scheinkonsenses in der deutschen europapolitisch interessierten Öffentlichkeit.

4.1. Vom »Ja« zum »Ja, aber«

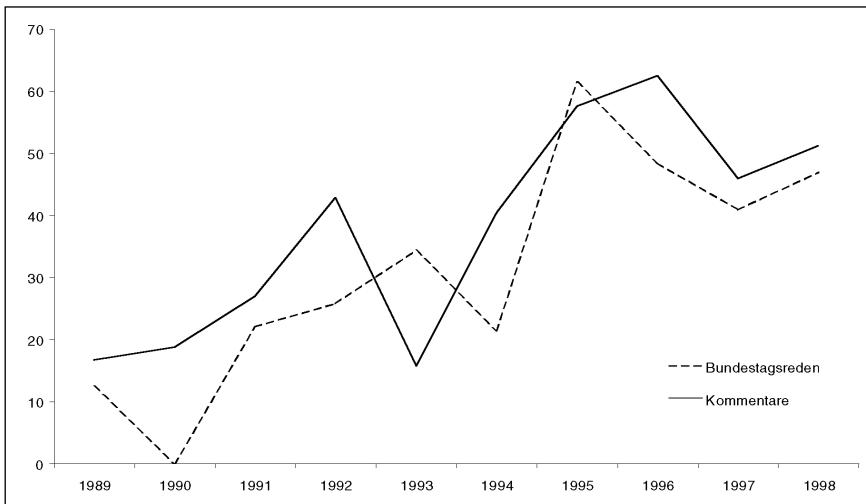
Allerdings wird dieser frühe Erweiterungskonsens im Laufe der Debatte bemerkenswert modifiziert. Es ist nämlich eine eindeutige Tendenz erkennbar, mit der dem mehr oder weniger pauschalen »Ja« zunehmend ein »Aber« hinzutritt. Gemeint sind hier jene Argumentationen, die Bedingungen einer Erweiterung und damit eine eingeschränkte Erweiterungspräferenz formulieren.

Zum einen werden von der Europäischen Union selbst *Reformen* angemahnt und diese häufig – und nur damit sind sie als Teil der hier operationalisierten Erweiterungsdebatte überhaupt zu werten – argumentativ als Bedingung einer Erweiterung in die Debatte eingeführt, denn diese macht nach immer wieder aktualisiertem Verständnis eines Gros der Akteure »[...] sowohl veränderte Entscheidungsverfahren als auch dringende Reformen der Agrarpolitik und der Finanzierung der Europäischen Union notwendig« (Wieczorek-Zeul, BT 13/44: 3547). Zum anderen werden immer wieder *Kriterien* und *Übergangszeiten* thematisiert, die wiederum argumen-

¹⁸ Auch Ungarn und die CSFR teilen einen entsprechenden Sonderstatus, obgleich etwa die Slowakei nach dem Auseinanderfallen der CSFR den demokratischen Ansprüchen vieler Beobachter nicht mehr genügt und als »Rowdy« (Semler, TAZ, 17.7.97) aus dem inneren Kreis der Kandidaten ausscheidet. Schließlich tauchen auch immer wieder andere Länder wie Bulgarien und Rumänien in der Debatte auf, in deren weiteren Verlauf dann auch die baltischen Republiken und schließlich Slowenien, nachdem auch dieses auf europäischer Ebene zum offiziellen Kandidaten avanciert.

tationslogisch als Bedingung einer allgemeinen Erweiterungspräferenz auftreten und zum Teil heftig umstritten sind.¹⁹

Abbildung 2: »Aber«-Tendenz im Zeitverlauf



* Summe der kodierten »Aber«-Präferenzen (Contra-Annäherung, Pro-Bedingungen) geteilt durch die Summe der kodierten »Ja«-Präferenzen (Pro-Erweiterung, Pro-Annäherung, Contra-Bedingungen)

Daten: Themenkodierung der in Bundestagsreden und Zeitungskommentaren (FAZ, SZ, Taz) identifizierten Erweiterungsargumentationen (vgl. Kap. 3.1); eigene Berechnung.

Da diese Bedingungen eine Erweiterung systematisch verzögern, stellen ihre Verfechter – auf europäischer wie nationaler Ebene – die eigentlichen »Bremser« der Debatte dar, obgleich es niemals um das »gar nicht«, sondern nur um das »jetzt und unter diesen Umständen nicht« geht (vgl. auch Schimmelfennig 2001). Zu erkennen sind entsprechende Argumentationen auch daran, dass sie nicht über positive Konsequenzen von Bedingungen, sondern über negative Konsequenzen ihres Außerachtlassens begründet werden. Durch diese Positionen werden die vielfach spezifizierten »Gefahren der Erweiterung« argumentativ und politisch aufgenommen. Ihre Integration markiert schließlich den entscheidenden Erfolg der »Bremser«, wie er sich in der relativen Bedeutungszunahme entsprechender Argumentationen ausdrückt: Erweiterung ja, aber nur nach Reformen, wenn die Kandidaten prosperieren und ihre Aufnahme nichts mehr kostet, gegebenenfalls mit Übergangsregelungen,

19 Besonders kontrovers sind hier Forderungen von Vertriebenenverbänden nach Entschädigungen durch Beitrittskandidaten (vor allem die Tschechische Republik) – ein Konflikt, der 1998 im so genannten Krieg der Resolutionen zwischen polnischem Sejm und deutschem Bundestag auch international eskalierte (vgl. Mildenberger 2001: 122f).

um den partikularen Interessen einer relevanten Gruppe Rechnung zu tragen usw. Nimmt man diese Überlegung auf, so laufen die argumentativen Antagonismen auf der Ebene der Erweiterungspräferenzen weniger zwischen formal positiven und negativen Bezügen, sondern es stellen sich hier eigentlich jene, die eine Erweiterung eher »bedingungslos« befürworten, gegen andere, die eine Erweiterung bzw. ihre Unterstützung einschränken. Verrechnet man die Intensität, mit der entsprechende Ja- und Aber-Argumentationen formuliert werden, unter der Berücksichtigung ihrer jeweiligen positiven und negativen Zielrichtung (pro/contra), so ergibt sich zum einen – die zeitliche Entwicklung der Themen lässt es bereits erwarten – ein deutlicher Trend (vgl. Abbildung 2): Die Erweiterungsdebatte beginnt mit einem hohen Maß an undifferenziertem »Ja« und endet in einem zunehmend differenzierten »Ja, aber« – den Bedingungen, den Kriterien, den Übergangsfristen. Zum anderen ergeben sich signifikante Unterschiede zwischen den Kommentaren und dem Gros der Plenarbeiträge: Gerade die Kommentatoren weisen überdurchschnittlich häufig auf die notwendigen Bedingungen einer Erweiterung hin.²⁰

4.2. Transparenter Erweiterungskonsens?

Nimmt man dies als für den Rahmen dieses Beitrages hinreichenden Ausgangsbefund, stellt sich unmittelbar die Frage nach der Transparenz dieses »Ja, aber« im sprachlichen Vordergrund der Debatte, wie es sich zum Zeitpunkt der Elitenumfrage im März 1998 darstellt. Vor allem die Tatsache, dass sich die Kommentatoren als überdurchschnittlich kritisch erweisen, scheint dafür zu sprechen, dass sie möglicherweise in den europapolitisch versierteren Kreisen einer *attentive public* insgesamt bekannte Vorbehalte authentischer formulieren als die Sprecher des politischen Zentrums (Hypothese 4). Ist die langfristige Integration eines »Aber« also genau der Beleg für eine latent wirkende Opposition, deren öffentliche Sichtbarkeit etwa durch *rhetorical entrapment* geschickt unterdrückt wird? Ist dies etwa auch angesichts der Eröffnung des Beitrittsprozesses im März 1998 nur ein auf Rhetorik beruhender Scheinkonsens?

Die Ergebnisse der Elitenstudie sprechen dagegen: Nur knapp über 3% wenden sich zum Zeitpunkt der Befragung (März 1998) explizit gegen eine Erweiterung um das aus deutscher Sicht so wichtige Polen, rund 12% sind immerhin noch unentschieden, der Rest eher dafür (26%) oder sogar sehr dafür (59%). Signifikante Unterschiede zwischen Befragten des politischen Zentrums und der zivilgesellschaftlichen Peripherie sind dabei nicht zu beobachten. Fazit: Der hier gemessene

20 In der Detailansicht zeigt sich sogar, dass diese Differenz noch bedeutend höher ausfällt, wenn man die Parteien einzeln betrachtet. Hier weisen nämlich die Sprecher der SPD eine zu den Kommentatoren vergleichbare und sich von den anderen Parteien (vor allem FDP und Bündnis 90/Die Grünen) deutlich unterscheidende »Aber«-Tendenz auf. Die SPD nimmt ihre Oppositionsrolle im Rahmen der Erweiterungsdebatte somit besonders wahr, was auch, aber nicht nur, an immer wieder eingebrachten Partikularinteressen (Stichwort: Übergangsfristen bei Freizügigkeit) liegt.

Anteil an Opposition ist in der Öffentlichkeit nicht sichtbar, spricht in Anbetracht seiner Größe aber wohl eher gegen einen empirisch wie normativ bedeutsamen Scheinkonsens. Im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit nicht-authentischer Argumentation ist die Nullhypothese eine einigermaßen sichere Wahl: Es ist – unter dem Vorbehalt tatsächlich vergleichbarer Indikatoren von Vorder- und Hintergrund – unwahrscheinlich, die These eines Scheinkonsenses zu Unrecht zu verwerfen.

Darüber hinaus sind noch weitere Präferenzen, etwa bezüglich der wesentlichen Beitrittskriterien, im Hintergrund nachzuweisen. Dabei fällt auf, dass »Demokratie« das mit Abstand wichtigste Beitrittskriterium im Hintergrund ist, obgleich es im Vordergrund keine Rolle spielt. Dies kann unmittelbar darauf zurückgeführt werden, dass hier ein eindeutiger Konsens herrscht, der den Sprechern eine weitere Thematisierung unnötig erscheinen lässt. Diese – im Rekurs auf einschlägige Thesen zu den Politisierungschancen von Außenpolitik (Hagan 1995: 121-127) gut zu begründende Erklärung (vgl. Kap. 2.1) – ist instruktiv, denn sie lässt sich direkt auf die extensiv vorgetragenen Begründungen einer Erweiterung insgesamt zurückbeziehen: *Warum der argumentative Aufwand, mit dem das pauschale »Ja« zur Erweiterung bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes – und augenscheinlich auch darüber hinaus – vertreten wird, wenn doch die Erweiterung tatsächlich Konsens ist?* Diese Frage drängt um so mehr, als das »Aber« von Reformen, Übergangsfristen und Beitrittskriterien immer wieder erhebliche Kontroversen auslöst. Warum konzentriert sich die deutsche *attentive public* in ihrer parlamentarischen bzw. medialen Auseinandersetzung nicht weitgehend auf jene augenscheinlich strittigen und in Anbetracht des 1998 bereits anlaufenden Beitrittsprozesses tatsächlich drängenden Fragen? Wie gesehen spielen die konkreten Prozessaspekte zwar gegen Ende des Untersuchungszeitraumes und damit zum Zeitpunkt der Elitenumfrage eine vergleichsweise prominente Rolle, sie verdrängen jedoch pauschale Statements zugunsten einer Erweiterung keinesfalls in einem Maße, wie es angesichts jenes fehlenden Widerspruchs durchaus plausibel wäre.

4.3. Der Kampf um Zustimmung – Erklärungsversuche

Die Eliten schätzen, so kann *erstens* vermutet werden, die Unterstützung für eine Erweiterung in den eigenen Reihen falsch ein: Sie argumentieren mit einem virtuellen Opponenten, den es nach systematischer Analyse des kognitiven Hintergrundes gar nicht gibt. Hierzu passen die Antwortmuster auf eine entsprechende Frage. Die Positionseliten wurden gebeten, eine Schätzung darüber abzugeben, wie viel Prozent der deutschen Führungsschicht ihres Erachtens für eine EU-Mitgliedschaft Polens in der EU sind (vgl. Tabelle 1). Es zeigt sich, dass zwar eine deutliche Mehrheit von einem signifikanten Rückhalt einer Erweiterung ausgeht, aber nur rund 14% den empirisch zutreffenden Wert von »eher 90 Prozent« angeben. Dies mag argumentative Anstrengungen bereits teilweise erklären, denn die auch in der Erweiterungsdebatte immer wieder beschworene Norm eines »europapolitischen Konsenses« legt nahe, dass die Ansprüche notwendiger Zustimmung deutlich über der absoluter oder gar relativer

Mehrheiten liegen. Auch die Erweiterungspolitik der deutschen Bundesregierung tritt entsprechend mit dem Anspruch an, der »Ausdruck der breiten nationalen Übereinstimmung« zu sein, »daß Europa unsere Zukunft ist« (Kinkel, BT 13/44: 3542).

Doch woher kommt es, dass die Befragten den tatsächlichen Konsens unterschätzen? Die Beobachtung kann augenscheinlich nicht einfach aus dem zugrunde gelegten Verständnis von Öffentlichkeit erklärt werden, denn der betrachtete Ausschnitt der öffentlichen Debatte zeichnet sich wie gesehen gerade durch ein hohes Maß an Konsens aus. Geht man also »monokausal« vom sprachlichen Vordergrund der Erweiterungsdebatte als einziger Quelle für entsprechende Informationen aus, so bleibt das Ergebnis rätselhaft. Es spricht letztlich sogar dafür, dass ein Teil der Elite den medialen Konsens zugunsten einer Erweiterung in Zweifel zieht und selbst *die Möglichkeit eines öffentlichen Scheinkonsenses mit einrechnet*. Ferner hat die psychologische Forschung zum »False Consensus Effect« (Krueger 1996) nachgewiesen, dass Menschen auch ihre eigene Meinung zum Ausgangspunkt einer *kognitiv-egozentrischen Konsensschätzung* nehmen, und eine solche Tendenz lässt sich anhand der Daten aus der Elitenstudie auch eindeutig stützen.²¹ Der in der Elitenumfrage gemessene hohe Konsensgrad auf der Ebene individueller Einstellungen legt also zusätzlich nahe, dass die Eliten eine recht treffende Schätzung abgeben sollten. Welche Informationen liegen den Eliten dann aber vor, dass sie von einem geringeren als dem tatsächlichen Konsens ausgehen?

Tabelle 1: Wie viel Prozent der deutschen Führungsschicht sind Ihrer Schätzung nach für eine EU-Mitgliedschaft Polens?

	N	%
eher 10%	5	1,2%
eher 30%	21	4,9%
eher 50%	94	22,0%
eher 70%	247	57,7%
eher 90%	61	14,3%
Total	428	100,0%

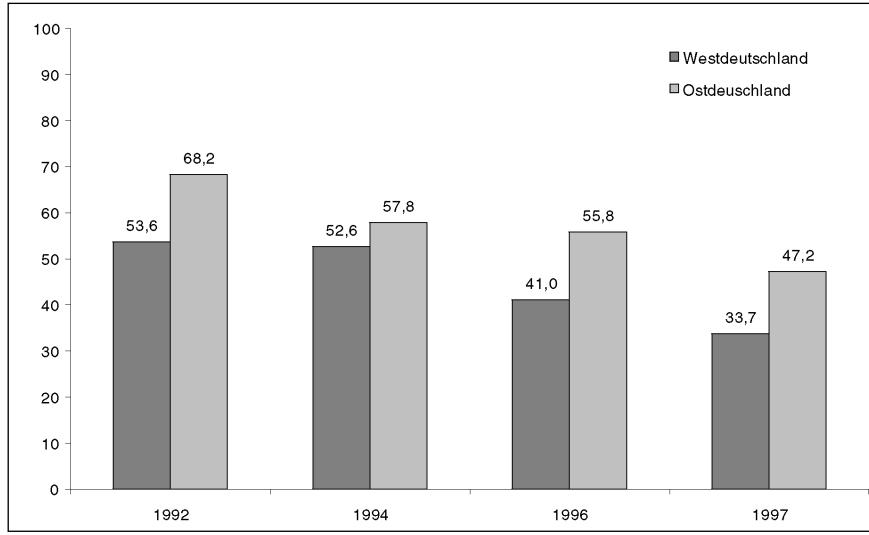
Daten: Umfrage unter Mitgliedern der deutschen »Positionselite« im Rahmen der »Deutsch-Polnischen Elitenstudie« (vgl. Kap. 3.2 bzw. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001); eigene Berechnung.

Diese Frage verweist direkt auf eine *zweite* Erklärung: die vergleichsweise geringe und sogar sinkende Zustimmung zur Osterweiterung in der deutschen Bevölkerung insgesamt. Nimmt man wiederum Polen als zentralen Beitrittskandidaten, so sinkt der Anteil der westdeutschen Befürworter einer Erweiterung in den

21 Korreliert man die Konsensschätzungen mit der eigenen Unterstützung für eine Osterweiterung, ergibt sich ein hoher statistischer Zusammenhang ($r = 0,40$ mit $a < 0,001$) zwischen eigener Meinung und der Schätzung eines Elitenkonsenses. Dies bestätigt die These eines kognitionspsychologischen »False Consensus Effects« im Falle der Osterweiterung.

Eurobarometerumfragen (vgl. Abbildung 3) von 53,6% in 1992 auf 33,7% in 1997. In Ostdeutschland liegen die Werte signifikant höher, sinken aber vergleichbar, von 68,2% auf 47,2% im selben Zeitraum.²² Es liegt nahe, in diesem *fehlenden Erweiterungskonsens in der Bevölkerung allgemein* ein zentrales Motiv argumentativer Anstrengungen seitens der in Parlament und Medien präsenten Eliten zu vermuten. Schließlich werfen Sprecher auch immer wieder ein, das »[...] demokratische und politische Bewußtsein der Mehrheit unserer Bevölkerung« sei auf eine Osterweiterung überhaupt erst einmal »auszurichten« (Fischer, 13/241: 22199). Doch ist sich die erweiterungspolitisch interessierte Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit überhaupt dieser Problemlage bewusst? Ist die Diagnose einer vermutlich von Beginn der Debatte an auseinanderfallenden Zustimmung bei allgemeiner Bevölkerung und Elite im kognitiven Hintergrund der befragten Positionseliten nachzuvollziehen?

Abbildung 3: Zustimmung zur Erweiterung der EU um Polen im »Eurobarometer«



Daten: Eurobarometer 38 (1992), 42 (1994), 44.2 (1996) und 47.1 (1997), Frageformulierungen weisen minimale Abweichungen auf: »Sind Sie dafür oder dagegen, dass dieses Land [zu einem späteren Zeitpunkt] um das Jahr 2000 herum] Mitglied der Europäischen Union wird?« Eingetragen ist der Anteil zustimmender Antworten an der Summe von zustimmenden und ablehnenden Antworten (eigene Berechnung auf der Grundlage ungewichteter Daten).

Auch hier zeigen die Antworten auf eine entsprechende Frage, dass die Informationen auf Individualebene vorhanden waren. Die Befragten wurden gebeten, die

22 Bei den anderen Beitrittskandidaten der »ersten Runde« liegen die Werte zwar höher, sinken aber ebenfalls.

Zustimmung für einen Beitritt Polens in »der deutschen Bevölkerung« abzugeben. Geht man davon aus, dass sowohl »eher 30« wie »eher 50 Prozent« den tatsächlichen Umfragezahlen zumindest nahe kommen, schätzt eine deutliche Mehrheit der Befragten der Elitenstudie die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung einigermaßen richtig ein (Tabelle 2). Dass diese Schätzungen wie erwartet mit jenen eines Erweiterungskonsenses »in der deutschen Führungsschicht« korrelieren, spricht dafür, dass der fehlende Rückhalt in der Bevölkerung tatsächlich wie vermutet auch diese Schätzungen tangiert und damit mittelbar Legitimierungsversuche motiviert. Darüber hinaus zeigen beide Antworten zusammengenommen, dass dem überwiegenden Teil von rund 90% der Befragten in der Positionselite die tendenziell höhere Zustimmung einer Erweiterung in den eigenen Reihen (im Vergleich zur Bevölkerung) tatsächlich bewusst ist.²³ Fazit: *Die Elite weiß – zumindest zum Zeitpunkt der Befragung im März 1998 – um dieses Auseinanderfallen der Zustimmung.* Die Debatte richtet sich also augenscheinlich zu einem nicht unerheblichen Maße darauf, den lediglich ambivalenten »permissiven Konsens« in der Bevölkerung zu ihren Gunsten zu verändern.

Tabelle 2: Wie viel Prozent der deutschen Bevölkerung sind Ihrer Schätzung nach für eine EU-Mitgliedschaft Polens?

	N	%
eher 10%	25	5,8%
eher 30%	143	33,4%
eher 50%	203	47,4%
eher 70%	55	12,9%
eher 90%	2	0,5%
Total	428	100,0%

Daten: Umfrage unter Mitgliedern der deutschen »Positionselite« im Rahmen der »Deutsch-Polnischen Elitestudie« (vgl. Kap. 3.2 bzw. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001); eigene Berechnung.

Damit liegt der weiteren Analyse die Annahme zugrunde, dass sich die argumentativen Strategien der Sprecher auf die Herstellung eines allgemeinen Erweiterungskonsenses beziehen, der in den Augen einer Mehrheit der Befragten weder in der Elite noch der allgemeinen Bevölkerung hinreichend zu sein scheint. Wie die Sprecher versuchen, das Publikum argumentativ zu überzeugen bzw. zu überreden, bleibt die wesentliche Frage der weiteren Analyse. Dabei wird auch zu prüfen sein, welchen Grad von Transparenz bzw. Authentizität die Debatte hinsichtlich der geäußerten Gründe zeigt, denn aus der Diagnose eines empirisch in der *attentive public* vorhandenen, gleichwohl von deren Personal unterschätzten Erweiterungs-

23 Stellt man jene, die in diesem Sinne »richtig liegen« (Unterstützung (Elite) > Unterstützung (Bevölkerung)), den »falschen« Schätzungen (Unterstützung (Elite) ≤ Unterstützung (Bevölkerung)) gegenüber, so antworten rund 89% »richtig«.

konsenses ist noch nicht zu deduzieren, die sichtbaren Argumente für oder gegen eine Erweiterung seien authentisch oder *rhetorical action*.

5. Die Rhetorik normativer Angemessenheit einer Erweiterung

Zu den wesentlichen Ressourcen, auf die sich die öffentliche Begründung einer Osterweiterung stützt, gehören soziale *Normen* und die ihre spezifische Gültigkeit im konkreten Fall belegenden historischen *Narrative*. Bei Normen geht es um Erwartungen bzw. Standards, die Verhalten entlang vorhandener Akteurskategorien als moralisch konform oder abweichend klassifizieren; um »criteria for distinguishing right from wrong and just from unjust« (Goldstein/Keohane 1993: 9; vgl. auch Katzenstein 1996b: 5; Finnemore/Sikkink 1998: 891). Grundsätzlich kann eine »normative Argumentation« als ein sprachlicher Ausdruck definiert werden, in dem ein Sprecher eine bestimmte Position mit Verweis auf eine angesprochene Norm zu begründen sucht und damit seine Präferenzen über ihre vermeintliche Konsistenz mit dieser Norm legitimiert. Die Behauptung einer normativ bedingten Richtigkeit ist allerdings als Begründung anfechtbar, sofern ihre Angemessenheit in einer spezifischen Situation nicht zusätzlich geklärt ist. Historische *Narrative* nenne ich nun Beschreibungen vergangener Ereignisse und Prozesse (vgl. auch zum Begriff der »story-lines« Hager 1995), die dieses wesentliche Kontextwissen in die Debatte einführen. Sie bilden im Falle normativer Argumentationen somit den wesentlichen Teil notwendiger »backings« (Toulmin 1996).

5.1. Eine Auswahl zentraler Normen und Narrative

Zählen nun die öffentlich zirkulierenden Normen und Narrative in den Augen der befragten Positionselite tatsächlich als Gründe? Die Elitestudie erlaubt die weitergehende Analyse von mindestens vier normativen Argumentationen, die im Rekurs auf Normen von Dankbarkeit, Haftungsverantwortung, Multilateralismus und Solidarität eine Osterweiterung zu legitimieren suchen. Auf dieses begrenzte Set normativer Argumentationen entfallen immerhin rund 40% der kodierten Normverweise. Sie stehen ferner für nicht nur besonders prägnante, sondern auch für über den gesamten Untersuchungszeitraum empirisch bedeutsame Argumentationsstrukturen im sprachlichen Vordergrund der Erweiterungsdebatte.²⁴

24 Normen als wesentliches Strukturelement moralischer Begründungen erkenne ich im Rahmen der Erweiterungsdebatte allerdings auch dort, wo existenzielle Bedürfnisse der Benefiziare beklagt (Bedürftigkeitsprinzip) und gegebene Zusagen oder Versprechen anerkannt (Worttreue) werden. Auf den Kommunikations- bzw. Entscheidungsprozess selbst verweisen schließlich Einwürfe, die metakommunikative Normen wie Wahrhaftigkeit sowie den (demokratischen) Konsens – als nationalen, europäischen, bilateralen Konsens bzw. Veto der Interessengruppen – einfordern oder feststellen. Auch eine grundlegende Bedingung von Verantwortung, nämlich eine »Pflicht der Macht« (Jonas 1979: 176), ist zu identifizieren, und zwar dort, wo die eigene Vorbildfunktion, Mitwirkungsrechte und vor

Beispiel Multilateralismus: mit Behutsamkeit zur »europäischen Friedensordnung«

Von besonderer Bedeutung für die öffentliche Begründung sind erstens Vorstellungen normativ gebotener Multilateralität (Ruggie 1993; Duffield 1999; Baumann 2002).²⁵ Als deren sprachliche Realisierung lassen sich etwa all jene Bemühungen im Rahmen der Osterweiterungsdebatte verstehen, die Außenpolitik über die Behauptung eines erreichten Konsenses auf der Ebene internationaler Verhandlungen begründen und innenpolitisch legitimieren – so wenn der Außenminister feststellt: »Die Bundesregierung weiß sich [...] in grundsätzlicher Übereinstimmung mit ihren Freunden und Partnern [...]« (Kinkel, BT 13/44: 3542). Mit Blick auf die deutsche Eigenheit einer »befangenen Außenpolitik« (Hellmann 2000) weist Konsens als Leitmotiv allerdings über eine koordinierte »Politik im Einvernehmen« hinaus. Es geht in deutschen Debatten nicht nur um das koordinierte Aushandeln nationaler Interessen, wie es etwa Ruggie (1993) definiert, sondern auch um grundsätzliche Zurückhaltung und die »notwendige Behutsamkeit« (Kinkel, BT 13/44: 3545).

Multilateralismus in seiner deutschen Variante versteht sich dabei stets als Gegensatz dessen, was die Außenpolitik der Bundesrepublik seit ihren Anfängen als »konstitutiv Anderes« negativ definiert: die Hitlersche Machtpolitik (Wæver 1998). Dies drückt sich auch im Rahmen der Erweiterungsdebatte nicht nur durch geschichtliche Exkurse auf »historische Schuld« aus, sondern eben auch in der sublimen Ächtung jedweder Unilateralität – etwa als »Erpressungsversuch des Stärkeren« (Buntenbach, BT 13/239: 22045) – und im Bekenntnis zur europäischen Integration. In diesem Sinne wird die Osterweiterung zum Etappenziel »großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker«, denn die »Europäische Zusammenarbeit ist die Frucht und die Lehre aus den Erfahrungen mit Krieg und Faschismus« (Wieczorek, BT 13/210: 19113). Der dem Multilateralismus häufig als distinkte Norm zur Seite gestellte »deutsche Antimilitarismus« (vgl. etwa Duffield 1999) verschwimmt im Rahmen des Osterweiterungsdiskurses schließlich untrennbar mit dem zum Wert

-
- allem wirtschaftliche Potenziale angesichts diagnostizierter Ungerechtigkeiten dezidiert als notwendige Bedingung von Verantwortung angesprochen werden. Hier nicht thematisierte Narrative der Osterweiterungsdebatte erzählen schließlich auch von der Teilung Europas (»Jalta«) und begründen u.a. die Ungerechtigkeit bzw. Bedürftigkeit angesichts »40 Jahren Sozialismus« und deren Folgen, von der Unterstützung beim deutschen Wiederaufbau durch Westintegration und Marshallplan und begründen u.a. Dankesschuld/Reziprozität, von den Visionen und Leistungen der »Väter« (der Westintegration, der Neuen Ostpolitik) Adenauer, Ehrhardt, Brandt, Scheel als Vermächtnis.
- 25 Es ist wichtig festzuhalten, dass auch in der Osterweiterungsdebatte »Multilateralismus« nicht nur im Sinne einer Norm, sondern auch eines analytischen Paradigmas zu beschreiben ist, demgemäß deutsche Interessen angesichts allgegenwärtiger Vorbehalte vor »deutschen Alleingängen« am besten im Rahmen behutsamer Diplomatie in internationalen Organisationen und »im Einvernehmen« mit allen dort vorgefundenen »Partnern« zu betreiben sind. So meint etwa der Abgeordnete Joseph Fischer im Zusammenhang mit der Osterweiterung: »Die alte Bundesrepublik West ist doch gut mit einer Interessenpolitik gefahren, die indirekt und nicht direkter Art war. In dem Moment, in dem Deutschland eine direkte Interessenpolitik nach der Devise betreibt ›Deutsche Interessen müssen wieder stärker durchgesetzt werden‹ – der Bundeskanzler weiß das nur zu gut–, wird das das Gegenteil von Durchsetzungsperspektive für deutsche Interessen bedeuten, weil das Mißtrauen und die Widerstände zunehmen werden« (Fischer, BT 13/241: 22199).

gesteigerten Instrument einer »gesamteuropäischen Friedensordnung« (Lippelt, BT 13/184: 16637).

Ein Blick in die Ergebnisse der Elitenstudie zeigt, dass die multilaterale Ausrichtung deutscher Außenpolitik grundsätzlich auf breite Zustimmung in der erfassten Positionselite beruht. Eine große Mehrheit der Befragten (98,2%) ist der Meinung, Deutschland solle sich in der Welt durch Kooperation und die Zusammenarbeit in internationalen Organisationen beteiligen (vgl. Tabelle 3). Auch die kognitive Relevanz einer Multilateralismus-Norm im Hinblick auf die individuelle Unterstützung einer Osterweiterung ist – und das trotz der nur geringen Varianz zwischen den einzelnen Antworten – signifikant nachzuweisen: Jene, die sich klar zu multilateraler Außenpolitik bekennen, sind auch systematisch stärker für eine Osterweiterung. Entsprechende Argumentationen im sprachlichen Vordergrund reflektieren also nicht nur einen breiten Konsens über die Sinnhaftigkeit multilateraler Außenpolitik. Der Verdacht »reiner Rhetorik« kann auch insofern nicht bestätigt werden, als jener signifikante Teil der befragten Eliten beide Aspekte, Multilateralismus und Osterweiterung, in einer Weise kognitiv verknüpft, die eindeutig für ihre Relevanz bei Rezeption und Produktion multilateralistisch ansetzender Erweiterungsargumentationen dieser Eliten spricht.

Beispielbeitragsgerechte Reziprozität: Dankbarkeit und Schuld

Zwei weitere Argumentationslinien der Osterweiterungsdebatte lassen sich auf die generelle Idee einer zur Reziprozität verpflichtenden »Beitragsgerechtigkeit« zurückführen, wie sie vor allem in der US-amerikanischen Sozialpsychologie in der Folge Homans als »Equity-Norm« (Müller/Crott 1978) diskutiert wird. Sie bezeichnet allgemein die Vorstellung, dass jeder nach seinen Leistungen vergütet werden sollte – in positiver (Nutzen) wie negativer Hinsicht (Kosten). Sie postuliert somit Verteilungsgerechtigkeit als relative Gewinngleichheit und definiert – so sie zur Beurteilung einer Situation eingeführt wird – soziale Beziehungen letztlich immer als »gerechte Tauschbeziehungen«.²⁶

»Dankbarkeit« ist im Sinne einer »prosozialen Reziprozität« (Bierhoff/Klein 1992) ein erstes wesentliches Motiv von »Beitragsgerechtigkeit« in der Osterweiterungsdebatte: die Verpflichtung, sich für genossene Hilfeleistung zu revanchieren. Im Kontext der Osterweiterungsthematik knüpft sich das Gebot »dankbarer Außenpolitik« insbesondere an das historische Narrativ von Polen als »Wegbereiter der Einheit«. Deutschland, so wird eingeworfen, ist es demgemäß bewusst, dass »[...] es die Polen waren, die dem Ostblock von innen die entscheidenden Stöße zu seinem Zusammenbruch gegeben haben« (Urban, SZ, 15.7.97; vgl. auch Ludwig, FAZ, 11.7.95). Auch die immer wieder formulierte moralische Pflicht einer deutschen

26 »Eine Person, die mit einer anderen in Tauschbeziehungen steht, wird erwarten, daß sich die Gewinne einer jeden proportional zu ihren Investitionen verhalten, und falls beide von dritter Seite belohnt werden, daß diese dritte Instanz besagtes Verhältnis zwischen beiden respektiert« (Homans nach Müller/Crott 1978: 220).

»Anwaltsrolle« im Falle der Osterweiterung rekurriert auf ein direktes Verpflichtungsverhältnis zwischen Deutschland und Polen. Das solchermaßen eindeutig einem »Geber« zugerechnete »Geschenk der Einheit« (Kinkel, BT 13/128: 11419), begründet also ein moralisches Gebot zu prosozialer Außenpolitik, »[...] ganz besondere[n] Verantwortung und auch Verpflichtung diesen Ländern gegenüber« (Kinkel, BT 13/128: 11419).

Im Falle von *Haftungsverantwortung* geht es zweitens wie im Falle prosozialer »Dankbarkeit« um »beitragsgerechte« Reziprozität – allerdings im Sinne einer negativ bestimmten. Hier sind Kosten in Form eines »Schadens« entstanden, die ungerecht verteilt wurden, weil nicht der Täter, sondern sein Opfer sie trug. Seine Schuld²⁷ ist damit negativ bestimmt: als Pflicht, den Schaden des Opfers rückwirkend auszugleichen, es zu »entschädigen«. Im Sinne einer historisch »geerbten« Haftungsverantwortung verweisen »Schuld« bzw. »Geschichte« und »historisch« im Zusammenhang mit der Osterweiterung vornehmlich auf die Schuld an Krieg und Vernichtung, denn den »Menschen in diesen Ländern [Mittel- und Osteuropas] ist im deutschen Namen Schlimmes angetan worden« (Kinkel, BT 13/77: 6727). Schon im Kontext der Deutsch-Polnischen Verträge legitimiert die Bundesregierung ihre Position eines »Verzichts« nachdrücklich – unter »Beifall des ganzen Hauses« wie es im Protokoll heißt – als historisch begründete Folge eines »[...] verbrecherischen Krieges und eines verbrecherischen Systems« (Genscher, BT 12/39: 3256). In den anschließenden Debatten um eine Annäherung und Integration Polens wird »Geschichte« solchermaßen zum Verantwortungskürzel und Erweiterungspolitik »[...] eine Art Wiedergutmachung an Polen, das unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten hatte« (Ludwig, FAZ, 11.7.95), oder auch schlicht »Wiedergutmachung an der Geschichte« (Kinkel, BT 13/181: 22212).²⁸

Ein Vergleich mit den Antworten der befragten Positionselite deutet auch hier darauf hin, dass sowohl dem Schuld- wie dem Dankbarkeitsargument ein signifikantes Maß an Relevanz im kognitiven Hintergrund der Debatte zukommt. Zwar liegen die Zustimmungsanteile deutlich unter denen, die bei der Frage nach multilateralen Instrumenten deutscher Außenpolitik zu beobachten sind (vgl. Tabelle 3), allerdings sind die Frageformulierung auch von höchst unterschiedlicher Qualität: insbesondere das Statement zu einer aus »Dankbarkeit« geschuldeten Erweiterung scheint zu

27 Moralisches Handeln wird zum einen grundsätzlich »geschuldet«, sofern es auf gesellschaftlich geteilten Standards beruht und aufgrund von Recht und Gerechtigkeit vom anderen bzw. der Gesellschaft als »Bringschuld« eingefordert wird (Höffe 1993: 29f). Zum anderen implizieren Vorstellungen eines »moralischen Gewissens« stets auch individuelle Erfahrungen von Schuldgefühlen – in der sozialpsychologischen Terminologie Montadas: »existentielle Schuld« (Montada et al. 1986: 206).

28 Dass diese »historische Verantwortung« auch seine neue Regierung bindet, stellte übrigens Gerhard Schröder bereits in seiner ersten Regierungserklärung ausdrücklich fest: »Dieser Regierungswchsel ist auch ein Generationswechsel im Leben unserer Nation. [...] Es wäre gefährlich, dies als einen Ausstieg aus unserer historischen Verantwortung mißzuverstehen. Jede Generation hinterläßt der ihr nachkommenden Hypothesen – niemand kann sich mit der ›Gnade‹ einer ›späten Geburt‹ herausreden. [...] Die Bundesregierung ist sich ihrer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Polen bewußt« (Schröder, BT 14/3: 49).

überziehen, da es die hier nicht themisierte Kostenfrage einführt und mit dem normativen Argument (methodisch nicht unproblematisch) verknüpft. Die Tatsache, dass die Antworten zu diesen Fragen allerdings statistisch signifikant mit der Intensität der Erweiterungspräferenz assoziiert sind, ist wiederum ein wesentlicher Beleg für die Bedeutung der erfragten Normen als Resonanz- bzw. Produktionsbedingungen entsprechender Argumentationen in der öffentlichen Debatte.

Beispiel Solidarität: Von versöhnten Freunden, armen Vettern und »Europa«

Bereits bei »Dankbarkeit« und »Schuld« geht es um ein spezifisches Verpflichtungsverhältnis, das zwar auf universellen Vorstellungen von (ausgleichender) Gerechtigkeit gründet, jedoch Informationen über historische Vorgänge bedarf, um diese Pflichten auch zu plausibilisieren. Vielfach bedienen sich Sprecher allerdings noch einer anderen Strategie, um spezifische »Verantwortung« zu begründen: Gemeinschaftlichkeit. Hierdurch wird Verantwortung als »Solidarität« beschreibbar, d.h. als »[...] wechselseitige Verpflichtung [von Menschen], als Mitglieder von Gruppen oder Organisationen füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen« (Rieger 1998: 586).

Im Sinne eines spezifisch deutsch-polnischen bzw. deutsch-ostmitteleuropäischen Verpflichtungsverhältnisses wird etwa dort argumentiert, wo politische Beziehungen mit Hilfe der Metapher »Freundschaft« beschrieben werden. Diese Metapher steht dabei gerade in Bezug auf das deutsch-polnische Verhältnis anfangs keineswegs für ein erreichtes Ziel, sondern für einen schwierigen Prozess der Aussöhnung (Irmer, BT 12/39: 3267). In der weiteren Entwicklung der Osterweiterungsdebatte taucht der Begriff der »Freunde« dann bereits wie selbstverständlich auf, seine Verknüpfung an ein normatives Gebot der »Solidarität unter Freunden« ist in vielen Passagen deutlich zu erkennen (vgl. etwa Kinkel, BT 13/44: 3543).

Beitrittskandidaten und Altmitglieder der Europäischen Union werden darüber hinaus auch zu Mitgliedern einer Familie stilisiert. Den »armen Vettern im Osten« (Oldag, SZ, 1.4.95), so wird impliziert, müssen die »reichen Verwandten« (Hort, FAZ, 12.5.93) aus gebotener Solidarität zur Seite stehen. Zugunsten »armer Verwandter im Osten« wird politisches Handeln dabei auch zu barmherzigem Helfen, sofern Armut eine systematische Nichterfüllung basaler Bedürfnisse, also Bedürftigkeit, der Beitrittskandidaten bezeichnet. Zugunsten »armer Verwandter« ist dies aber eben auch eine Pflicht aus familiärer Gemeinschaft.

Die Bestimmung einer solchen bereits vorgefundenen »Verwandtschaft« fällt den Sprechern der Osterweiterungsdebatte augenscheinlich leicht, wenn sie auf eine »historische Einordnung« zurückgreifen: auf Europa (vgl. auch Fierke/Wiener 1999). Europa wird im Rahmen der Debatte hier zum einen immer wieder mit einer diffusen Idee von kultureller Gemeinschaft in Beziehung gesetzt, etwa wenn im Rekurs auf ein Bild Vaclav Havels argumentiert wird, das polnische Streben nach einer Mitgliedschaft in der EU entspräche einer »[...] Rückkehr nach Europa, zu dem Polen seiner politischen Tradition und seiner Kultur nach immer gehört hat«

(Genscher, BT 12/39: 3257). Es fällt zum anderen auf, dass Europa einen scheinbar sogar darüber hinausgehenden Bezugspunkt von essenzieller Identität impliziert, deren Zergliederung schon per se als »widerwärtige Spaltung« (Middel, Die Welt, 31.3.98) bzw. »Teilung« (Kohl, BT 13/5: 46) kritisierbar wird. Zuweilen müssen dafür durch eine Osterweiterung »Gräben« (Oldag, SZ, 9.3.98) überwunden bzw. »Wunden des kalten Krieges geheilt« werden (Oldag, SZ, 6.8.97; Hort, FAZ, 12.12.94). Eine Osterweiterung gewinnt hier somit bereits normative Richtigkeit in der Idee eines gleichsam natürlichen Europas, das einer politischen Einigung bereits logisch vorgängig ist.

Wie steht es nun mit der kognitiven Relevanz dieser Vorstellungen einer solidarisch gebotenen Osterweiterung? Dass die diskutierten Kandidaten zu Europa als einer nicht nur geographisch, sondern auch kulturell definierten Region gehören, stellt fast keiner der befragten Positionseliten in Abrede, ihre Definitionen lauten mindestens »am Bug«, meist jedoch »am Ural« (vgl. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 133). Die Frage nach der tatsächlichen Bedeutung von Solidarität ist damit aber erst zu einem relativ geringen Teil diskutiert. Gerade die Frage, inwieweit die Erweiterung als ein Akt »europäischer Solidarität« gedacht und gefühlt wird, bedarf einer weitergehenden Beleuchtung des sozialpsychologischen Hintergrundes der Erweiterungsdebatte (ausführlich Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 132-179). Was eine positive Definition von Gemeinschaftssinn im Sinne eines Verbundenheitsgefühls anbelangt, ergibt die Elitenbefragung, dass die Resonanzbedingungen von relativ seltenen Argumentationen hinsichtlich einer dezidiert »deutsch-polnischen« Gemeinschaftlichkeit tatsächlich auf eher dünn gesäten Boden fällt (vgl. Tabelle 3). Während sich die deutsche Positionselite mehrheitlich zu einer starken affektiven Verbundenheit etwa mit den Franzosen bekennt, ist es nur eine kleine Minderheit im Falle der Polen. Nichtsdestoweniger erfasst diese Frage eine Disposition – bzw. deren Fehlen –, die relativ hoch mit der Unterstützung der Erweiterung assoziiert ist. Bessere Resonanzbedingungen finden europabezogene Argumentationen. Ihre Häufigkeit korrespondiert mit einer verbreiteten Verbundenheit, die sich ebenso als assoziiert mit der Erweiterungspräferenz erweist.

Fazit: die gesinnungsethische Gebotenheit einer Osterweiterung

Fasst man das Ergebnis eines Vergleichs von Vorder- und Hintergrund hinsichtlich dieser Auswahl normativer Deutungen zusammen, ist also zweierlei festzustellen: Erstens weisen die diskutierten normativen Gründe durchweg gute Produktions- und Resonanzbedingungen auf, sie sind also entgegen der formulierten (zweiten) Nullhypothese relevant. Die gängige These, normative Argumentationen seien nur auf *cheap legitimacy* zielende Rhetorik und damit ausschließlich deklaratorischer Zierrat, lässt sich zumindest mit Blick auf die deutsche Spezialöffentlichkeit *im Aggregat* nicht halten. Sofern die befragte Positionselite selbst einen Teil der Sprecher stellt, gibt es damit zumindest deutliche Hinweise darauf, dass ein Teil der normativen Argumentationen authentisch sein dürfte. Dieser Schluss gewinnt

zusätzlich an Plausibilität, weil entgegen der gängigen Vermutung keine signifikanten Differenzen zwischen Befragten des politischen Zentrums und dessen zivilgesellschaftlicher Peripherie zu beobachten sind. Auch die Präferenzen der im Rahmen der Elitenstudie befragten Führungskräfte aus Ministerialbürokratie, Parlament und Regierung sind in der Erweiterungsfrage zumindest zu einem Teil an normative Vorstellungen von »Angemessenheit« gebunden. Normen erweisen sich also erkennbar auch im Arkanum des politischen Zentrums als relevante Produktions- und Resonanzbedingungen moralischen Argumentierens.

Tabelle 3: Kognitive Relevanz normativer Argumente

	%Zustimmung	r****
Die Deutschen haben den Polen in der Vergangenheit viel Unrecht getan; sie sollten Polens Beitrittswünsche zur EU und NATO daher als ein Zeichen der Versöhnung unterstützen.*	73,5%	,26
Als die Ersten, die sich dem Kommunismus widersetzen, verdienen die Polen die Aufnahme in EU und NATO, ganz gleich, welche Kosten der Westen dafür zu tragen hat.*	46,2%	,33
Deutschland sollte sich in der Welt politisch beteiligen [...]? – durch internationale Kooperation und Organisationen.*	98,2%	,16
Wo verläuft Ihres Erachtens die Grenze der »europäischen Kultur« im Osten? – An Oder und Neiße.**	1,2%	-
Wenn Sie einmal unter »Identität« ein Gefühl der Verbundenheit verstehen: Wie stark fühlen Sie sich verbunden [...]?***		
... mit Polen und den Polen	21,8%	,31
... mit Europa und Europäern	66,4%	,20

* Die fünfstufige Skala verlief von »definitiv nein« bis »definitiv ja«. Ausgewiesen sind die Anteile der Stufen vier und fünf an allen gültigen Antworten.

** Vorgegeben waren vier Alternativen: »an Oder und Neisse«, »am Bug«, »am Ural«, »woanders«. Ausgewiesen ist der Anteil der ersten Kategorie an allen gültigen Antworten.

*** Die fünfstufige Skala verlief von »überhaupt nicht« bis »sehr stark«. Ausgewiesen ist der Anteil der Antworten »sehr stark« und »sehr stark« an allen gültigen Antworten.

**** bivariate Korrelation mit Erweiterungspräferenz, jeweils $p < 0,01$.

Daten: Umfrage unter Mitgliedern der deutschen »Positionselite« im Rahmen der »Deutsch-Polnischen Elitestudie« (vgl. Kap. 3.2 bzw. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001); eigene Berechnung.

5.2. Verantwortungsethischer Konsequenzialismus?

Aber, so lässt sich einwenden, geht es bei Figuren wie »Dankbarkeit«, »Verantwortung« oder »Solidarität« nicht implizit auch um die Behauptung, man orientiere politisches Handeln verantwortungsethisch konsequent an den Interessen der Beitragsgesellschaften?²⁹ Der von Comte geprägte Begriff von »Altruismus« als ein *vivre pour autrui* bietet sich hier an, um diese Einbeziehung des Anderen zu bezeichnen und zwar als »[...] concern for the wellbeing of others for its own sake, and behavior flowing from such concern, without the altruistic actor necessarily disregarding its own wellbeing« (Forsberg 1999: 76; vgl. auch Grzelak 1992: 316; Monroe 1996: 6). In Bezug auf altruistische Anteile an Außenpolitik lautet die damit aufgeworfene Forschungsfrage, in welchem Maße Akteure »[...] incorporate relevant aspects of the ›other‹ in its calculations of gains and losses« (Katzenstein 1996b: 15).³⁰ Diese Kalkulationen basieren allerdings zwingend auf einem spezifischen Typus von Ideen: Kausalannahmen, auf deren Grundlage Konsequenzerwartungen politischen Handelns entwickelt und schließlich auch öffentlich legitimiert werden können.

Für die Frage, inwieweit die so häufig in der Erweiterungsdebatte formulierten Pflichten nun auch verantwortungsethisch »zu Ende gedacht« werden, reicht an dieser Stelle zunächst der Blick in die Benefiziarbezüge des sprachlichen Vordergrundes: Wessen Chancen und Gefahren einer Erweiterung werden überhaupt argumentativ berücksichtigt? Mit wessen »Interessen« wird hier versucht, Legitimität zu erzeugen? Konzentriert man sich auf die als Benefiziare³¹ einer Erweiterung angesprochenen Kollektive, so geht es in der deutschen Debatte häufig um die bestehende EU bzw. Westeuropa, Deutschland oder auch Europa als Ganzes, häufiger aber noch um die Beitragsgesellschaften selbst (insgesamt 39% aller Benefiziarbezüge). Dabei handelt es sich fast ausschließlich um positive Gewinne und zwar – in der Reihenfolge ihrer relativen Häufigkeiten – um Wirtschaft bzw. marktwirtschaftliche Reformen, um Sicherheit bzw. Frieden, Wohlstand bzw. die Kosten einer Erweiterung, schließlich auch um politische Stabilität und Demokratie sowie

-
- 29 Zur Diskussion um Gesinnungs- versus Verantwortungsethik vgl. Jonas (1979: 176-180); klassisch Weber (1999: 441f); mit Blick auf deutsche Außenpolitik Schwarz (1985: 163-174); Küng (2000).
- 30 Allerdings verliert ein auf sozialer Identifikation beruhendes Handlungskalkül im Extremfall den Charakter altruistischer Selbstlosigkeit, sofern das »Ich« als Teil einer Gemeinschaft aufgehoben wird – »[...] ›We‹ may be the natural unit of first-person decision« (Sen nach Forsberg 1999: 82). Soziale Identifikation ist somit eine mögliche Ressource altruistischer Einbeziehung des Anderen, keinesfalls jedoch mit dieser identisch. Wessen Interessen jeweils berücksichtigt und optimiert werden, gehört dennoch gerade im Hinblick auf sozialpsychologische Identifikationsprozesse zu einer wichtigen Frage, die konstruktivistischer Außenpolitikanalyse unter dem Stichwort von »kollektiver Identität« bzw. »security communities« (Deutsch et al. 1957; Wendt 1994; Adler/Barnett 1998; Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001: 17-24) aufgegeben wurde. Eine ausführliche Diskussion dieser Problematik vor dem Hintergrund der hier diskutierten Elitenumfrage findet sich u.a. in Ecker-Ehrhardt (2001, 2002).
- 31 Ich gebrauche hier den Begriff »Benefiziar« in einer allgemeinen Form sowohl zugeschriebener Chancen wie Gefahren einer Erweiterung.

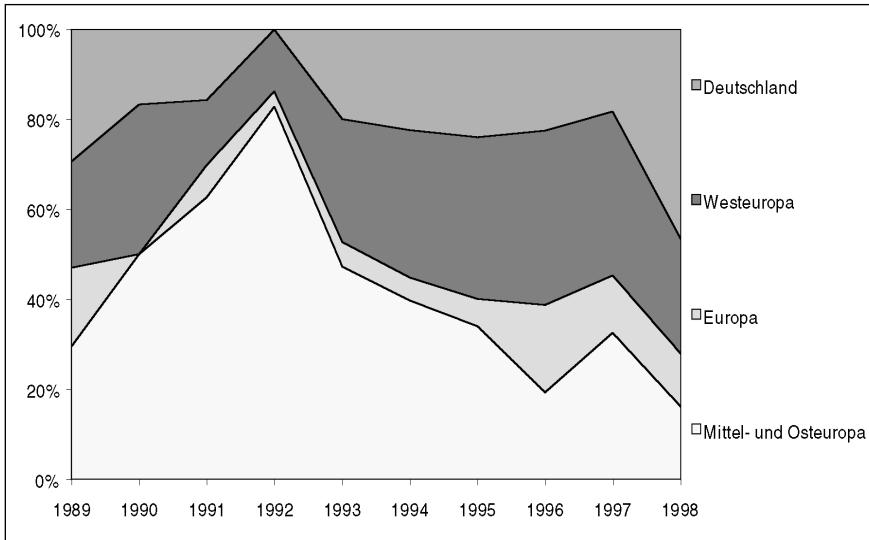
die Anerkennung als Teil Europas (»Rückkehr nach Europa«). Der Debatte kann also insgesamt eine Tendenz unterstellt werden, tatsächlich die Wirksamkeit der Erweiterung für die Beitrittsgesellschaften ausführlich zu reflektieren.

Die thematisierten Folgen stehen allerdings in einem komplexen, hier aus Platzgründen nicht auszuführenden, Zusammenhang: Auf der Grundlage vielfach zu Tage tretender Paradigmen werden Argumentationsketten entwickelt, die angesichts erkennbarer Vorstellungen von »europäischer« oder »nachbarschaftlicher Interdependenz« häufig auch auf Folgen für Westeuropa bzw. Deutschland verweisen. Vermehrte »Altruismen« stehen also schon von daher unter einem paradigmatischen Generalvorbehalt, im Falle der Erweiterung nicht Verantwortung oder Solidarität realisieren zu wollen, sondern letztlich doch nur auf eigene Interessen zu verweisen.

Ein Blick über die zeitliche Entwicklung (vgl. Abbildung 4) der Benefiziarbezüge zeigt zudem eine insgesamt fallende Relevanz dieser Folgen für Mittel- und Osteuropa. Während zwischen 1990 und 1993 vor allem Mittel- und Osteuropa als Benefiziar einer Erweiterung thematisiert werden, nimmt deren Bedeutung fast kontinuierlich bis 1996 ab. Im Kontext der Gipfel von Amsterdam und Luxemburg bzw. der Agenda 2000 nimmt ihre Bedeutung in einer intensiven Phase der Erweiterungsdebatte zwar kurzfristig wieder zu. Ab 1998 rücken schließlich die nationalen bzw. westeuropäischen Gewinne und Kosten jedoch massiv ins Zentrum der Debatte. Der zu beobachtende Anteil an argumentativ zur Schau gestelltem Altruismus fällt in diesem Jahr auf nur noch etwa 15% aller Konsequenzbezüge zurück.³² Der Zeitpunkt der Umfrage fällt somit in eine Phase, in der die »eigenen Interessen« den Vordergrund der Debatte klar dominieren. Angesichts der 1998 anstehenden Bundestagswahlen ist dies unmittelbar damit zu erklären, dass nun tatsächlich verstärkt um eine – wie gesehen auch wahrgenommen ambivalente – Allgemeinöffentlichkeit gekämpft wird, an deren Partikularinteressen appelliert werden soll. Die Eröffnung des Beitrittsprozesses lässt zudem eine erhöhte Aufmerksamkeit für die deutsche Erweiterungspolitik vermuten. Legt man diese Diagnose zugrunde, wäre allerdings nach wie vor nicht auszuschließen, dass es sich zu einem früheren Zeitpunkt eher elitenöffentlich orientierter Argumentationen, tatsächlich in Teilen um authentischen Altruismus gehandelt haben könnte. Diese Möglichkeit impliziert ein zunehmendes Auseinanderfallen von öffentlicher Rhetorik eines partikularen, nationalen oder auch westeuropäischen Interesses und kognitivem Altruismus im Hintergrund der Debatte.

32 Dies entspricht wegen der Möglichkeit mehrfacher Konsequenzverweise in einer komplexen Argumentation sogar insgesamt rund 20% der beobachteten konsequentialistischen Argumentationen, d.h., rund ein Fünftel aller Argumentationen, die auf Handlungsfolgen überhaupt eingehen, nehmen auch Bezug auf die Folgen für die Beitrittsgesellschaften.

Abbildung 4: Gemeinschaftsbezüge der ermittelten Konsequenzerwartungen (%)



Daten: Benefiziarkodierung der in Bundestagsreden und Zeitungskommentaren (FAZ, SZ, Taz) identifizierten Erweiterungskonsequenzen (vgl. Kap. 3.1); eigene Berechnung.

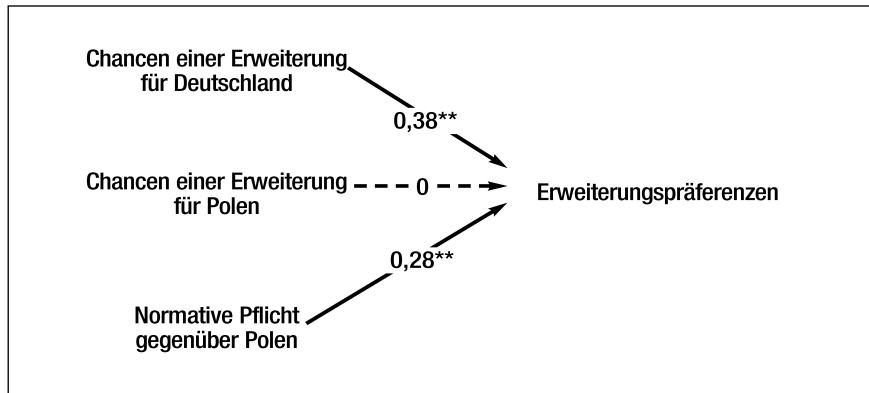
Ein Blick in den kognitiven Hintergrund der Debatte auf Elitenebene weist allerdings nun auch diesen, nunmehr nur noch geringen Anteil an Einbeziehungen »fremder« Handlungsfolgen als mehr oder weniger transparentes Abbild von *maximal gesinnungsethisch modifiziertem Eigeninteresse* aus. Dies ergibt sich aus der multivariaten Analyse der perzipierten, positiven wie negativen Konsequenzen einer Erweiterung für Deutschland und Polen.³³ Stellt man die verschiedenen Konsequenzerwartungen im Rahmen eines additiven Modells der Wahrnehmung einer normativen Pflicht gegenüber, ist zweierlei bemerkenswert: Erstens bleibt eine normative Pflicht zur Osterweiterung signifikantes Korrelat der erfragten Erweiterungspräferenzen (vgl. Abbildung 5). Die Befragten antworten also im Sinne einer Logik normativer Angemessenheit. Zweitens erweisen sich zwar die Konsequenzen für Deutschland als relevant, nicht jedoch die für Polen. Dies kann sowohl für die kognitive Irrelevanz dieser Konsequenzen sprechen wie dafür, dass sie auch im Hintergrund der Debatte vollständig in generische Kausalbeziehungen im Sinne eines »Interdependenzparadigmas« eingebunden sind.³⁴ Das Ergebnis unterscheidet sich

33 Da hier nicht die verschiedenen Erwartungen an sich von Bedeutung sind, sondern nur ihre Einbeziehung bei der individuellen Generierung von Präferenzen, wird an dieser Stelle auf die Diskussion univariater Häufigkeitsverteilungen verzichtet. Eine genauere Diskussion findet sich in Eberwein/Ecker-Ehrhardt (2001) sowie Ecker-Ehrhardt (2002).

34 Europa erscheint zum einen immer wieder als »Schicksalsgemeinschaft«, denn dem »einen Teil in diesem Europa kann es auf Dauer nicht gut gehen, wenn es dem anderen Teil auf Dauer schlecht geht« (Kinkel, BT 13/128: 11421). Folgerichtig greifen Sprecher an vielen Stellen eine Formulierung Vaclav Havels auf: »Entweder wir exportieren Stabilität nach

übrigens nicht, wenn man politisches Zentrum und zivilgesellschaftliche Peripherie getrennt betrachtet. Fazit: *Kontrolliert man die anderen Faktoren, bleibt von der öffentlich lange Zeit so viel zu hörenden »Verantwortung« bzw. »Solidarität« auch im kognitiven Hintergrund kaum mehr als eine signifikante Spur von »Gesinnungsethik«.* Auch wenn wegen des späten Zeitpunkts der Befragung und der Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses die Authentizität früherer Argumentationen nicht zwingend widerlegt werden kann, sind Zweifel somit dennoch empirisch begründet.

Abbildung 5: Kognitive Relevanz von normativer Pflicht und Konsequenzerwartungen



** $p < 0,001$, Multivariate Regression mit OLS, Einträge sind standardisierte »Beta«-Koeffizienten. Als unabhängige Variablen wurden drei Summenindizes auf der Grundlage z-standardisierter Variablen eingeführt (vgl. Bortz 1984: 82-87).

»*Chancen einer Erweiterung für Deutschland*: Zustimmung zu: »Durch Aufnahme Polens in die EU wird Deutschland [...] neue Märkte gewinnen«, »[...] Sicherheit an seiner östlichen Grenze gewinnen«, »[...] politischen Einfluss in Osteuropa gewinnen«; abgezogen wurde Zustimmung zu: »Für die bisherigen Mitglieder sind die Kosten der Erweiterung zu hoch«, »Die Öffnung der Grenze zwischen Deutschland und Polen wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschärfen«, »Eine größere EU wird unregierbar und zu einer weiteren Integration kaum noch fähig sein«.

»*Chancen einer Erweiterung für Polen*: Zustimmung zu: »Durch die Aufnahme in die EU wird Polen [...] vollkommen als Teil Europas anerkannt werden«, »[...] Sicherheit vor russischer Einmischung gewinnen«, »[...] seinen Lebensstandard umgehend steigern«, »[...] die polnische Kultur in die EU einbringen zu können«, »[...] erhebliche Unterstützung aus EU-Fonds erhalten«, abgezogen wurde Zustimmung zu: »Für Polen sind die Kosten einer Erweiterung zu hoch«.

»*Normative Pflicht gegenüber Polen*: Zustimmung zu: »Wie stark fühlen Sie sich verbunden [...]?«, »Die Deutschen haben den Polen in der Vergangenheit viel Unrecht getan [...]« bzw. »Als die Ersten, die sich dem Kommunismus widersetzen [...]«; vgl. Tabelle 3.

Daten: Umfrage unter Mitgliedern der deutschen »Positionselite« im Rahmen der »Deutsch-Polnischen Elitestudie« (vgl. Kap. 3.2 bzw. Eberwein/Ecker-Ehrhardt 2001); eigene Berechnung.

6. Fazit

Die Analyse folgte der Frage, inwieweit wesentliche Argumente des sprachlichen »Vordergrundes« der deutschen Erweiterungsdebatte das analytische wie normative Hintergrundwissen von Sprechern und Publikum tatsächlich reflektieren – mit Blick auf mögliche manipulative Verkürzungen bei den Sprechern bzw. eines Scheinkonsenses insgesamt. Die Ergebnisse korrespondieren insofern, als bei Präferenzen und Normen keine wesentlichen Differenzen von sprachlichem Vordergrund und Hintergrund zu konstatieren sind. Damit ergibt sich für den betrachteten Gegenstandsbereich zum einen das Bild eines überwiegend »repräsentativen Konsenses« – wenn man diesen Begriff dem des »Scheinkonsenses« entgegenstellen will. Auch wenn dies streng genommen noch keine sicheren Aussagen über den Charakter individueller Kommunikation in diesem Zusammenhang erlaubt, so sprechen die Ergebnisse grundsätzlich für die subjektive Gültigkeit wesentlicher normativer Argumentationsmuster, sofern die kognitive Relevanz entsprechender Einstellungen belegt werden kann.

Dies gesagt, gibt es allerdings zum anderen auch deutliche Hinweise auf »strategische Kommunikation«. So scheinen die Konsequenzen für die Beitrittskandidaten nur bedingt authentische Gründe der Debatte darzustellen, denn ihnen kommt bei den Mitgliedern der befragten Positionselite nicht der kognitive Stellenwert zu, der ihrer – zumindest zeitweise erheblichen – Bedeutung in der öffentlichen Debatte entsprechen würde. Es kann somit durch die Analyse von Normen und Konsequenzwartungen gezeigt werden, dass der Anspruch von »Verantwortung gegenüber den Beitrittskandidaten«, wie er die öffentliche Debatte vielfach auszeichnet, im kognitiven Hintergrund gerade nicht vollständig nachzu vollziehen ist: Zwar werden die normativen Interpretationen von meist historisch bedingtem Sollen weitgehend geteilt. Jedoch fehlen einem »Prinzip Verantwortung« als einer Pflicht, die Interessen des anderen tatsächlich mit einzubeziehen, die kognitiven Fundamente. Entsprechende Argumentationen erscheinen zumindest in der Summe eher rhetorisch bedingt und der Gemeinplatz »machiavellischer« Eliten zumindest im Falle der deutschen Erweiterungsdebatte maximal hinsichtlich eines Anteils von »Gesinnungsethik« ergänzungsbefürftig.

Für die Disziplin der Internationalen Beziehungen sind diese Ergebnisse in mindestens zweierlei Hinsicht von Interesse. Erstens erweist sich die Kombination argu-

Osteuropa, oder wir werden eines Tages von dort Instabilität importieren« (Kinkel, BT 13/210: 19112). Europa wird hier als ein interdependentes System beschrieben, in dem die Destabilisierung jeden Teils das Gesamtsystem tangiert. Diesem Moment kontinental bestimmter Interdependenz tritt im deutschen Diskurs ein zweiter, regionaler hinzu: Nachbarschaft als Vorstellung, es könne uns »auf Dauer nur gut gehen, wenn es auch unseren Nachbarn gut geht« (Verheugen BT 13/241: 23094). Dieses Denken verbindet quasi alle Parteien und Redaktionen und scheint an vielen Stellen einer explizit moralisch aufgeladenen Argumentation einer »Pflicht aus Nachbarschaft« zumindest implizit mitgegeben. Ihr tritt bei einer Reihe von Sprechern auch ein historisch klarer konturiertes Moment von geopolitischer »Mittelalage« hinzu, denn »Unser Land liegt in der Mitte des Kontinents. Wir haben die meisten Nachbarn und die längsten Grenzen« (Kohl, BT 13/181: 16224). Gerade in diesem Stichwort der »Mittelalage« erscheint geographische Nähe als latentes Sicherheitsproblem, das eine auf Stabilisierung angelegte Erweiterungspolitik begründet.«

mentationslogisch ansetzender inhalts- und einstellungsanalytischer Verfahren als Ausgangspunkt einer Diskursanalyse als fruchtbar. Allerdings können Umfragen zum einen nur zu dem Grad die Lücken einer reinen Textanalyse öffentlicher Debattenbeiträge füllen, zu dem sie ihre Befragten aus einem theoretisch relevanten Publikum bzw. Kreis von Sprechern rekrutieren. Die gewählte Elitenstudie hat mit ihrem Konzept der »Positionselite« zwar Vorteile gegenüber einfachen Bevölkerungsumfragen, aber ist eben dennoch nur bedingt geeignet.

Gleichwohl waren Differenzen zwischen Vorder- und Hintergrund der Debatte zu identifizieren, die sowohl einer reinen Textanalyse wie einem Blick in die allgemeinen Bevölkerungsumfragen entgangen wären. Hier bietet die argumentationslogische Differenzierung von Ideen den Vorteil, relevante Kategorien im Rekurs auf Geltungsgründe theoretisch fundiert gleichermaßen an öffentlich beobachtbares Sprechhandeln wie privates »Antwortverhalten« im Rahmen gezielter Nachfragen (Interviews, Umfragen) knüpfen zu können. Um diese Möglichkeit tatsächlich in methodische Stringenz umzusetzen, wäre es allerdings zum anderen wünschenswert, Inhaltsanalyse und Umfrage frühzeitig aufeinander zu beziehen und vor allem bei der Formulierung von Fragen direkt aus dem beobachteten Repertoire des sprachlichen Vordergrundes zu schöpfen, wie es etwa Arbeiten der »Q Methodology« (Dryzek/Berejikian 1993; Barry/Proops 1999) – allerdings in einem anderen theoretischen wie methodischen Kontext – erfolgreich praktizieren.

Darüber hinaus hat sich auch gezeigt, dass die Fokussierung auf eine tatsächlich debattierende Spezialöffentlichkeit nur soweit Sinn macht, wie ihre Akteure nicht doch »aus dem Fenster«, d.h. mit Blick auf eine mehr oder weniger desinteressierte Gemeinöffentlichkeit argumentieren. Hier konnte die These formuliert und plausibilisiert werden, dass im Falle der Erweiterungsdebatte die Schätzung eines nur ambivalent-permissiven Konsenses in der Bevölkerung die Qualität der Debatte erheblich tangierte. Zukünftige Arbeiten sollten diesen Aspekt systematisch diskutieren und insbesondere auch bei der Erhebung von entsprechenden Perzeptionen der Eliten nicht nur auf die Einschätzung vorhandener Unterstützung in der Bevölkerung eingehen, sondern wiederum auch auf Perzeptionen kognitiver Resonanzbedingungen etwa normativer Argumentationen: Welches Bild haben die Eliten eigentlich von der »gemeinen Frau auf der Straße«? Gehen sie selbst davon aus, dass man Widerstände einer sich (noch nicht) beteiligenden Gemeinöffentlichkeit eher durch Rekurse auf die »Moral« außenpolitischen Handelns überwinden kann, oder zeigt sich – und hierfür gibt es deutliche Hinweise – dass solche Momente des »aus dem Fenster«-Argumentierens gerade verstärkt Appelle an Partikularinteressen einflussreicher Gruppen produzieren?

Schließlich hat sich zweitens auch gezeigt, dass eine solchermaßen ansetzende Diskursanalyse die empirische Relevanz bestimmter Momente von Außenpolitik weiter aufklären kann, die Thema einer im weiteren Sinne konstruktivistisch ansetzenden Außenpolitikforschung sind. Dabei wird allerdings gerade in konstruktivistischen Analysen oft so getan, als ginge es nur darum, nunmehr Normen zum vermeintlich alleinigen Typus außenpolitisch bedeutsamer Ideen zu erklären (etwa Boekle et al. 1999). Hier bietet die Differenzierung von sprachlichem Vorder- und kognitiven Hin-

tergrund den entscheidenden Vorteil, die ganze Breite relevanter Kategorien von Deutungen wie Normen, Rollen, Fremdbilder, *lessons learned*, vor allem aber auch Kausalannahmen (Axelrod 1976) berücksichtigen zu können, die die kognitionsorientierte Außenpolitikforschung (Holsti 1976; Rosati 2000) seit Jahrzehnten zum Gegenstand hat. Es geht in diesem Sinne erkennbar auch in intergouvernementalen wie gesellschaftlichen Konstruktions- und Legitimierungsprozessen keinesfalls nur um Normen, sondern um eine eher gemischte Kalkulation auf der Grundlage variierender Anteile normativer bzw. konsequenzalistischer Regeln und sozialpsychologischer Identifikationsbestände, die zusammengenommen Gemeinschaftssinn produzieren. Erst ihre Berücksichtigung kann ein tatsächlich konstruktivistisches Verständnis jener ideellen Grundlagen anleiten, auf denen Außenpolitik auch im Rekurs auf gruppenspezifische, nationale, regionale oder auch globale Interessen letztlich beruht. Die Metapher vom »Vorder«- und »Hintergrund« bietet dabei einen hervorragenden Ausgangspunkt, vorhandenes Wissen über die Psychologie außenpolitischer Eliten in eine Analyse öffentlicher Konsensbildungsprozesse zu integrieren, und kann somit erheblich zur Akkumulation von Wissen im Bereich der Außenpolitikforschung beitragen.

Literatur

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael N. (Hrsg.) 1998: Security Communities, Cambridge, MA.
- Axelrod, Robert (Hrsg.) 1976: Structure of Decision, Princeton, NJ.
- Barry, John/Proops, John 1999: Seeking Sustainability Discourses with Q Methodology, in: Ecological Economics 3: 8, 337-346.
- Baumann, Rainer 2002: The Transformation of German Multilateralism. Changes in the Foreign-Policy Discourse since Unification (Paper presented at the 43rd Annual Convention of the International Studies Association (ISA) in New Orleans, LA, 23.-27. März 2002), unv. Ms.
- Bennett, W. Lance 1997: Cracking the News Code: Some Rules that Journalists Live by, in: Iyengar/Reeves 1997, 103-117.
- Bierhoff, Hans W./Klein, Renate 1992: Prosoziales Verhalten, in: Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles/Codol, Jean-Paul/Stephenson, Geoffrey M. (Hrsg.): Sozialpsychologie. Eine Einführung, 2. Auflage, Berlin, 258-274.
- Boeckle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang 1999: Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie (Arbeitspapier Nr. 34 der Abteilung Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung des Instituts für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen), Tübingen.
- Bohman, James 1996: Public Deliberation: Pluralism, Complexity, and Democracy, Cambridge, MA.
- Bortz, Jürgen 1984: Lehrbuch der empirischen Sozialforschung, Berlin.
- Brand, Karl-Werner/Eder, Klaus/Poerl, Angelika 1997: Ökologische Kommunikation in Deutschland, Opladen.
- Bürklin, Wilhelm/Rebensdorf, Hilke/Welzel, Kaina/Viktoria, Christian/Machatzke, Jörg/Sauer, Martina/Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.) 1997: Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen.
- Campbell, David 1996: Violent Performances: Identity, Sovereignty, Responsibility, in: Lapid, Yosef/Kratochwil, Friedrich (Hrsg.): The Return of Culture and Identity in IR Theory, Boulder, CO, 163-180.

- Campbell, John L.* 1998: Institutional Analysis and the Role of Ideas in Political Economy, in: Theory and Society 27: 5, 377-409.
- Checkel, Jeffrey T.* 2001: Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: International Organization 55: 3, 553-588.
- Deutsch, Karl W.* 1967: Arms Control and the Atlantic Alliance: Europe Faces Coming Policy Decisions, New York, NY.
- Deutsch, Karl W./Burrell, Sidney A./Kann, Robert A./Lee, Maurice Jr./Lichtermann, Martin Lindgren, Raymond E./Loewenheim, Francis L./Van Wagenen, Richard W.* 1957: Political Community and the North Atlantic Area, New York, NY.
- Deutsch, Karl W./Edinger, Lewis J.* 1973: Germany rejoins the Power, New York, NY.
- Deutsch, Karl W./Edinger, Lewis J./Macridis, Roy C./Merritt, Richard L.* 1971: France, Germany and the Western Alliance: A Study on Elite Attitudes on European Integration and World Politics, New York, NY.
- Diekmann, Andreas* 1995: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek.
- Diez, Thomas* 1999a: Die EU lesen: Diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte, Opladen.
- Diez, Thomas* 1999b: Speaking »Europe«: the Politics of Integration Discourse, in: Journal of European Public Policy 6: 4, 598-613.
- Dryzek, John S./Berejikian, Jeffrey* 1993: Reconstructive Democratic Theory, in: American Political Science Review 87: 1, 48-60.
- Duffield, John S.* 1999: Political Culture and State Behavior: Why Germany Confounds Neorealism, in: International Organization 53: 4, 765-803.
- Eberwein, Wolf-Dieter/Ecker-Ehrhardt, Matthias* 2001: Deutschland und Polen: eine Wertes- und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive, Opladen.
- Ecker, Matthias* 1998: Die »deutsch-polnische Elitestudie«. Konstruktion und Repräsentativität der deutschen Stichprobe (WZB discussion paper P 98-305), Berlin.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias* 2001: Die deutsch-polnischen Beziehungen auf Elitenebene: Interessen, Werte, Gemeinschaftssinn, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?, Opladen, 149-178.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias* 2002: Diskurse, Argumente, Kognitionen. Die deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung, Berlin, unv. Ms.
- Elster, Jon* 1998: Introduction, in: Elster, Jon (Hrsg.): Deliberative Democracy, Cambridge, MA, 1-18.
- Etheredge, Lloyd S.* 1985: Can Governments Learn? American Foreign Policy and Central American Revolutions, New York, NY.
- Evangelista, Matthew* 1997: Domestic Structure and International Change, in: Doyle, Michael W./Tkenberry, John G. (Hrsg.): New Thinking in International Relations Theory, Boulder, CO, 202-227.
- Evans, Peter B./Jacobsen, Harold K./Putnam, Robert D.* (Hrsg.) 1993: Double-Edged Diplomacy: International Bargaining and Domestic Politics, Berkeley, CA.
- Fierke, Karin M./Wiener, Antje* 1999: Constructing Institutional Interests: EU and NATO Enlargement, in: Journal of European Public Policy 6: 5, 721-742.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn* 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52: 4, 887-917.
- Forsberg, Kenneth Loyd* 1999: Samaritan States: International Altruism, Identity, and State Motivations, Ithaca, NY, unv. Ms.
- Friis, Lykke* 1998: EU Enlargement and the Luxembourg Summit: A Case Study in Agenda Setting, in: Wivel, Anders (Hrsg.): Explaining European Integration, Copenhagen, 56-78.

- Gamson, William A./Modigliani, André 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach, in: American Journal of Sociology 95, 1-37.
- Geertz, Clifford 1995: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a. M.
- George, Alexander 1969: The »Operational Code«, in: International Studies Quarterly 13: 2, 190-222.
- Gerhards, Jürgen 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Zeitschrift für Soziologie 22: 2, 96-110.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm 1990: Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze (WZB Discussion Paper FS III 90-101), Berlin.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1998: Zwischen Palaver und Diskurs: Strukturen und öffentlichen Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung, Opladen.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. 1993: Ideas and Foreign Policy: An Analytical Framework, in: Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (Hrsg.): Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change, Ithaca, NY, 3-30.
- Grzelak, Janusz 1992: Konflikt und Kooperation, in: Stroebe, Wolfgang/Hewstone, Miles/Codol, Jean-Paul/Stephenson, Geoffrey M. (Hrsg.): Sozialpsychologie: Eine Einführung, 2. Auflage, Berlin, 305-330.
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationali-tät und gesellschaftliche Rationalisierung, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a. M.
- Hagan, Joe D. 1995: Domestic Political Explanations in the Analysis of Foreign Policy, in: Neack, Laura/Hey, Jeanne A. K./Haney, Patrick H. (Hrsg.): Foreign Policy Analysis: Continuity and Change in Its Second Generation, Englewood Cliff, NJ, 117-166.
- Hajer, Maarten A. 1995: The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process, Oxford.
- Heitzer-Suša, Elke 2001: Die ökonomische Dimension der EU-Osterweiterung, Baden-Baden.
- Held, David 1995: Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge.
- Hellmann, Gunther 1996: Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in: Mershon International Studies Review 40 (supplement 1), 1-40.
- Hellmann, Gunther 1999: Weltpolitik or Self-Containment? Germany's Global Ambitions (Paper presented at the Krefeld Historical Symposium »Visions of the Future in Germany and America«, 13.-17. Mai 1999), Krefeld.
- Hellmann, Gunther 2000: Rekonstruktion der »Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen«? Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik (Konferenzpapier zum 21. Wissenschaftlichen Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Halle/Saale, 1.-5. Oktober 2000), unv. Ms.
- Höffe, Otfried 1993: Moral als Preis der Moderne, Frankfurt a. M.
- Hoffmann-Lange, Ursula 1990: Eliten in der modernen Demokratie. Fragestellungen, theoretische Ansätze und Ergebnisse der Eliteforschung, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.): Eliten in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, 11-27.
- Hoffmann-Lange, Ursula 1992: Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik, Opladen.
- Holsti, Ole R. 1976: Foreign Policy Formation Viewed Cognitively, in: Axelrod, Robert (Hrsg.): Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elites, Princeton, NJ, 18-54.
- Holsti, Ole R./Rosenau, James N. 1984: American Leadership in World Affairs: Vietnam and the Breakdown of Consensus, Boston, MA.

- Holzinger, Katharina* 2001: Kommunikationsmodi und Handlungstypen in den Internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu einigen irreführenden Dichotomien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 8: 2, 243-286.
- Honneth, Axel* 1985: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie, Frankfurt a. M.
- Hyde-Price, Adrian* 2000: Germany and European Order: Enlarging NATO and the EU, Manchester.
- Inglehart, Ronald* 1971: Public Opinion and Regional Integration, in: Lindberg, Leon N./ Scheingold, Stuart A. (Hrsg.): *Public Opinion and Regional Integration*, Cambridge, MA, 160-191.
- Iyengar, Shanto/Reeves, Richard* (Hrsg.) 1997: *Do The Media Govern Politicians, Voters and Reporters in America*, Thousand Oaks, CA.
- Jonas, Hans* 1979: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M.
- Kaiser, Karl* 1996: Zwischen neuer Interdependenz und altem Nationalstaat – Vorschläge zur Re-Demokratisierung, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Demokratie am Wendepunkt*, Berlin, 311-328.
- Katzenstein, Peter J.* (Hrsg.) 1996a: *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, NY.
- Katzenstein, Peter J.* 1996b: Introduction: Alternative Perspective on National Security, in: Katzenstein 1996a, 1-32.
- Keller, Reiner* 1997: Diskursanalyse, in: Hitzler, Ronald/Honer, Anne (Hrsg.): *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik*, Opladen, 309-334.
- Kempf, Wilhelm* (Hrsg.) 1994: »Manipulierte Wirklichkeit« – Medienpsychologische Untersuchung der bundesdeutschen Presseberichterstattung im Golfkrieg, Münster.
- Kernell, Samuel* 1997: The Theory and Practice of Going Public, in: Iyengar/Reeves 1997, 323-334.
- Key, Valdimer O.* 1966: *The Responsible Electorate: Rationality in Presidential Voting 1936-1960*, Cambridge, MA.
- Krahmann, Elke* 2000: Multilevel Networks in British and German Foreign Policy, 1990-1995, London, unv. Ms.
- Kriesi, Hanspeter* 2001: Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess, Berlin.
- Krueger, Joachim* 1996: Personal Beliefs and Cultural Stereotypes About Racial Characteristics, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 71: 3, 536-548.
- Kuhlmann, Christoph* 1999: Die öffentliche Begründung politischen Handelns, Opladen.
- Kuklinski, James H./Luskin, Robert C./Bolland, John M.* 1991: Where is the Schema? Going Beyond the »S« Word in Political Psychology, in: *American Political Science Review* 85: 4, 1341-1355.
- Kunczik, Michael* 1990: Die manipulierte Meinung: Nationale Image-Politik und internationale Public Relations, Köln.
- Küng, Hans* 2000: Politik aus Verantwortung. Plädoyer für eine ethisch fundierte Außenpolitik, in: *Internationale Politik* 2: 5, 1-18.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal* 1985: *Hegemony and Socialist Strategy*, London.
- Laffay, Mark/Weldes, Jutta* 1997: Beyond Belief: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations, in: *European Journal of International Relations* 3: 2, 193-237.
- Larsen, Henrik* 1997: Foreign Policy and Discourse Analysis: France, Britain and Europe, London.

- Lindberg, Leon N./Scheingold, Stuart A.* 1970: Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community, Englewood Cliffs, NJ.
- Luskin, Robert C.* 1987: Measuring Political Sophistication, in: American Journal of Political Science 31: 4, 856-899.
- Machatzke, Jörg* 1997: Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: Bürklin, Wilhelm/Rebendorf, Hilke (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen, 35-68.
- Manheim, Jarol B.* 1997: »Going Less Public«, in: Iyengar/Reeves 1997, 379-390.
- March, James G./Olsen, Johan P.* 1989: Rediscovering Institutions: The Organizational Basis of Politics, New York, NY.
- March, James G./Olsen, Johan P.* 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization 52: 4, 943-969.
- Mayhew, Alan* 2000: Enlargement of the European Union: An Analysis of the Negotiations with the Central and Eastern European Candidate Countries (SEI Working Paper 39), Falmer.
- Mildenberger, Markus* 2001: Funktioniert die »Interessengemeinschaft«? Bilanz eines Jahrzehnts deutsch-polnischer Beziehungen, in: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hrsg.): Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000: Eine Interessen- und Wertegemeinschaft?, Opladen, 113-147.
- Monroe, Kristen Renwick* 1996: The Heart of Altruism. Perceptions of a Common Humanity, Princeton, NJ.
- Montada, Leo/Dalbert, Claudia/Reichle, Barbara/Schmitt, Manfred* 1986: Urteile über Gerechtigkeit, »existentielle Schuld« und Strategien der Schulabwehr, in: Oser, Fritz/Althof, Wolfgang/Garz, Detlev (Hrsg.): Moralische Zugänge zum Menschen – Zugänge zum moralischen Urteilen, München, 205-225.
- Müller, Günter F./Crott, Helmut W.* 1978: Gerechtigkeit in sozialen Beziehungen: Die Equity-Theorie, in: Frey, Dieter (Hrsg.): Kognitive Theorien der Sozialpsychologie, Bern, 218-242.
- Münch, Richard* 1998: Dauerhafte Suche nach Konsens. Außenpolitik wird zur Verhandlungsdemokratie, in: Internationale Politik 58: 12, 13-20.
- Neidhardt, Friedhelm* 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 24), Opladen, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm/Eilders, Christiane/Pfetsch, Barbara* 1998: Die Stimme der Medien im politischen Prozess: Themen und Meinungen in Pressekommentaren (WZB Discussion Paper FS III 98-106), Berlin.
- Neumann, Iver B.* 1996: Self and Other in International Relations, in: European Journal of International Relations 2: 2, 139-174.
- Niedermayer, Oskar/Sinnott, Richard* (Hrsg.) 1995: Public Opinion and Internationalized Governance: Beliefs in Government, Oxford.
- Noelle-Neumann, Elisabeth* 1999: Öffentliche Meinung, in: Noelle-Neumann, Elisabeth/Schulz, Winfried/Wilke, Jürgen (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik. Massenkommunikation, 5. Auflage, Frankfurt a. M., 366-381.
- Nullmeier, Frank* 1993: Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy-Analyse – Kritik und Neuorientierung (Politische Vierteljahrsschrift, Sonderheft 24), Opladen, 175-196.
- Nullmeier, Frank/Rüb, Friedbert W.* 1993: Die Transformation der Sozialpolitik: Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat, Frankfurt a. M.
- Peters, Bernhard* 1993: Die Integration moderner Gesellschaften, Frankfurt a. M.

- Peters, Birgit* 1994: »Öffentlichkeitselite« – Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 24), Opladen, 191-213.
- Putnam, Robert D.* 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42: 3, 427-69.
- Rattinger, Hans* 1996: Einstellungen zur europäischen Integration in der Bundesrepublik. Ein Kausalmodell, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 45-78.
- Rawls, John* 1993: Political Liberalism, New York, NY.
- Rieger, Günter* 1998: Solidarität, in: Nohlen, Dieter/Schultze, Reiner-Olaf/Schüttemeyer, Suzanne S. (Hrsg.): Lexikon der Politik (Band 7: Politische Begriffe), Frankfurt a. M., 586.
- Risse, Thomas* 2000: »Let's Argue«: Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54: 1, 1-39.
- Risse-Kappen, Thomas* 1991: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43: 4, 479-512.
- Robinson, William S.* 1950: Ecological Correlations and Behavior of Individuals, in: American Sociological Review 15: 3, 351-357.
- Rosati, Jarel A.* 2000: The Power of Human Cognition in the Study of World Politics, in: International Studies Review 2: 3, 45-78.
- Ruggie, John G.* 1993: Introduction, in: Ruggie, John G. (Hrsg.): Multilateralism Matters. The Theory and Praxis of an Institutional Form, New York, NY, 3-47.
- Scheufele, Dietram A./Moy, Patricia* 2000: Twenty-Five Years of the Spiral of Silence: A Conceptual Review and Empirical Outlook, in: International Journal of Public Opinion Research 12: 1, 3-28.
- Schimmelfennig, Frank* 2000: The Enlargement of European Regional Organizations: Questions, Theories, Hypotheses, and the State of Research (Paper presented at the workshop on »Governance by Enlargement«, Darmstadt University of Technology, 23.-25. Juni 2000), unv. Ms.
- Schimmelfennig, Frank* 2001: The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union, in: International Organization 55: 1, 47-80.
- Schmidt, Manfred G.* 1998: Vergleichende Policy-Forschung mit Aggregatdaten, in: von Alemann, Ulrich (Hrsg.): Politikwissenschaftliche Methoden, Opladen, 327-356.
- Schwarz, Hans-Peter* 1985: Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart.
- Sedelmeier, Ulrich* 2000: Eastern Enlargement: Risk, Rationality, and Role-Compliance, in: Green Cowles, Maria/Smith, Michael (Hrsg.): The State of the European Union: Risks, Reform, Resistance, and Revival, Oxford, 164-185.
- Sedelmeier, Ulrich/Wallace, Helen* 2000: Eastern Enlargement: Strategy or Second Thoughts?, in: Wallace, Helen/Wallace, William (Hrsg.): Policy-Making in the European Union, 3. Auflage, Oxford, 428-455.
- Shapiro, Michael J./Bonham, Matthew G./Heradsveit, Daniel* 1988: A Discourse Practices Approach to Collective Decision Making, in: International Studies Quarterly 32: 2, 397-420.
- Shepsle, Kenneth A.* 1985: Comment, in: Noll, Roger (Hrsg.): Regulatory Policy and the Social Sciences, Berkeley, CA, 231-237.
- Sinnott, Richard* 1995: Bringing Public Opinion Back In, in: Niedermayer/Sinnott 1995, 11-32.
- Snow, David A./Benford, Robert D.* 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization, in: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sydney (Hrsg.): From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures, Greenwich, NY, 197-219.

- Tewes, Henning* 1998: Between Deepening and Widening: Role Conflict in Germany's Enlargement Policy, in: West European Politics 2: 2, 117-133.
- Torfing, Jacob* 1999: New Theories of Discourse, Oxford.
- Toulmin, Stephen E.* 1996: Der Gebrauch von Argumenten, 2. Auflage, Weinheim.
- van Dijk, Teun A.* 1980: Macrostructures. An Interdisciplinary Study of Global Structures in Discourse, Interaction, and Cognition, Hillsdale, NJ.
- van Dijk, Teun A.* 1988: News as Discourse, Hillsdale, NJ.
- van Dijk, Teun A.* 1997: The Study of Discourse, in: van Dijk, Teun A. (Hrsg.): Discourse Studies: A Multidisciplinary Introduction (Volume 1: Discourse as Structure and Process), London, 1-34.
- van Dijk, Teun A./Kintsch, Walter* 1983: Strategies of Discourse Comprehension, New York, NY.
- Wæver, Ole* 1994: Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hrsg.): European Foreign Policy: The EC and Changing Perspectives in Europe, London, 239-263.
- Wæver, Ole* 1998: Explaining Europe by Decoding Discourses, in: Wivel, Anders (Hrsg.): Explaining European Integration, Copenhagen, 100-146.
- Weber, Max* 1999: Gesammelte Politische Schriften, Potsdam.
- Weingast, Barry R.* 1995: A Rational Choice Perspective on the Role of Ideas: Shared Belief Systems and State Sovereignty in International Cooperation, in: Politics & Society 23: 4, 449-464.
- Weldes, Jutta* 1996: Constructing National Interests, in: European Journal of International Relations 2: 3, 275-318.
- Weller, Christoph* 1997: Collective Identities in World Society. Some Theoretical and Conceptual Considerations (World Society Research Group, Working Paper 6), Darmstadt.
- Wendt, Alexander* 1994: Collective Identity Formation and the International State, in: American Political Science Review 88: 2, 384-396.
- Wittkämper, Gerhard W./Bellers, Jürgen/Grimm, Jürgen/Heiks, Michael/Sondergeld, Klaus/Wehmeier, Klaus* 1992: Pressewirkung auf außenpolitische Entscheidungsprozesse – Methodologische Probleme der Analyse, in: Wittkämper, Gerhard W. (Hrsg.): Medien und Politik, Darmstadt, 150-168.
- Zürn, Michael* 1998: Regieren jenseits des Nationalstaats, Frankfurt a. M.